

Correspondent.

Bezugpreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
bei Abnahme von unsern Katalogen; bei Postzahlung ins Ausland durch unsere Postämter in der Höhe von 20 Pf. mehr; bei Postzahlung ins Ausland durch unsere Postämter in der Höhe von 20 Pf. mehr; bei Postzahlung ins Ausland durch unsere Postämter in der Höhe von 20 Pf. mehr.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
essig. Illustr. Unterhaltungsblatt
m. neuest. Romanen und Novellen.
4 seit. landwirtsch. u. handelsbell.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis:
für die erste Beilage oder deren Raum für Werbung um andere
Anzeigen 10 St. zweite Beilage 20 St. abwärts pro Zeile
20 St. im Resten 40 St. Bei komplizierteren Sachverhältnissen
nach Vereinbarung nach Vereinbarung. Bei Anzeigen um
Anzeige, nach Vereinbarung mit Redaktion. Bei Anzeigen um
Anzeige, nach Vereinbarung mit Redaktion. Bei Anzeigen um
Anzeige, nach Vereinbarung mit Redaktion.

№ 98.

Donnerstag den 28. April 1910.

36. Jahrg.

Der Kampf um das Wahlrecht.

Der Herrnhäuserbericht über die Wahlreform ist fertiggestellt und am Dienstag ausgegeben worden. Er ist vom Grafen v. Beyer-Wehendorf erlassen. Da die Kommissionserichte zum Teil unvollständig waren, zum Teil Widerspruch fanden, ist es von Interesse, einige Erklärungen der Minister nun in der authentischen Fassung zu lesen. Minister v. Wollke erklärte in der Generaldebatte der ersten Sitzung unter anderem:

Nur wenn die Reform das Ergebnis der Mitarbeit der ausschlaggebenden Parteien sei, würde sie das Dreiklassenwahlrecht, das alte preussische System, vor allen Angriffen sichern. Die Königl. Staatsregierung habe bei ihrer Vorlage keineswegs parteipolitische Gesichtspunkte verfolgt. Wenn überhaupt die Absicht vorgelegen habe, die Vorlage gegen eine radikale Richtung zu lenken, so habe es sich selbstverständlich nur um die radikale Sozialdemokratie handeln können. Seiner Ansicht nach könne das bestehende preussische Recht nicht besser geändert werden, als wenn man es offen anerkenne, hier und da seien Mängel, die zu beseitigen seien, um dadurch das Gebäude standfest zu machen. Wer die „ausschlaggebenden Parteien“ sind, hat der Minister nicht gesagt, aber von konservativer Seite sowohl, wie vom Zentrum ist es immer — und jedenfalls mit Recht — so aufgefaßt worden, daß die Regierung die Nationalliberalen und Freikonservativen nicht müssen will.

Der Ministerpräsident sowohl wie Minister v. Wollke haben in der zweiten Sitzung über die Drittlung in den Umwahlsitzungen den Antrag 25 als keine befriedigende Lösung bezeichnet. Herr v. Wollke sagte, dieser Antrag bringe zu wenig, daß der Minister glaube, die Herren Antragsteller hätten sich nicht vergewissert, daß seine parteiliche Wirkung ganz gering sei, daß er nur ein scheinbares Entgegenkommen bedeute, materiell aber fast gar keinen Erfolg haben werde. Zudem ist der Antrag mit 11 gegen 9 Stimmen angenommen worden, so daß es in § 6 jetzt heißt:

Die Gesamtsumme der Steuerbeträge wird berechnet: 1. für den Umfang des Stimmbezirks wenn dieser aus mehreren Gemeinden (Gutsbezirken) gebildet ist, 2. für den Umfang des ganzen Gemeindebezirks, wenn dieser nicht mehr als 5000 Einwohner zählt, 3. für den Umfang besonderer, von der Gemeindeverwaltungsbefähigung zu bildender Drittlungsbezirke von nicht weniger als 1749 und nicht mehr als 5000 Einwohnern, wenn die Gemeinde mehr als 5000 Einwohner umfaßt. Die Drittlungsbezirke sollen unteilbar räumlich zusammenhängen und abgerundet sein. Sie müssen, wenn die Gemeinde in mehrere Wahlbezirke geteilt ist, innerhalb dieser liegen.“

Es wird sich nun zeigen, wie die Regierung sich zu diesem § 6, der nur ein scheinbares Entgegenkommen bedeutet, stellen wird.

In dem Bericht wird auch bestätigt, daß verschiedene Mitglieder in der Kommission erklärten, daß sie, um zu einer Unterlage für die Verhandlung im Plenum zu kommen, jetzt für das Gesetz stimmen würden, daß sie aber im Plenum gegen das Gesetz stimmen würden, wenn dies nicht noch in wesentlichen Punkten und insbesondere im § 6 abgeändert werden sollte. In einer längeren Erklärung wurde dann von einem Mitgliede noch angeführt, daß das Gesetz in der vorliegenden Fassung unannehmbar sei. Es entspricht nicht dem, was die Thronrede versprochen habe.

Es ist in der Tat alles noch, um einen Zentrumsausdruck zu gebrauchen, in der Schwebe. Die Kommissionsabstimmung mit 11 gegen 8 Stimmen bedeutet nichts, dies Zahlenverhältnis ist lediglich vom tatsächlichen Gesichtspunkt aus zu betrachten. Erst bei der Abstimmung im Plenum des Herrenhauses wird es sich zeigen, ob die Mehrheit des Herrenhauses den Kommissionsbeschluß beibehält, ferner auch, wie sich die Regierung zu diesen Beschlüssen, falls sie angenommen werden, verhalten wird.

Präsident Strub über die Steuern.

Der Senatspräsident des Oberverwaltungsgerichts, Balth. Gch. Oberregierungsrat Dr. Strub, einst die rechte Hand Muelers, beschäftigt im Verlage von Carl Heymann „Betrachtungen zur Reichszuwachsteuer“, aus deren Anhängebogen die „Voff Bzg“ einige interessante Stellen abdruckt. Die 99 Seiten starke Schrift enthält weit mehr als der Titel vermuten läßt; denn der Präsident Strub bezieht die Reichszuwachsteuer im Rahmen der Finanzreform und läßt, selbst ein konservativer Mann, an den von der konservativ-liberalen Mehrheit fabrizierten Steuern herbe Kritik.

Seit Verabschiedung der Reichsfinanzreform zeigt fast jede politische und kommunale Wahl ein erschreckendes Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen. Die bürgerlichen Parteien aber setzen sich in einer Geringschätzung und Behinderung gegenüber, wie seit langem nicht. Ich bin geneigt, nicht der einzige, der seit Anfang seines politischen Denkens freies Konfessionsgesetz, irre geworden an der alten, Liebgewonnenen Partei, als diese an die Stelle einer in der von der Regierung vorgelegten Schrift den berechtigten Interessen der Landwirtschaft reichlich Rechnung tragenden wirklich allgemeinen Reichsfinanzreform, die eine völlig ungleichmäßige, zum Teil einseitige Belastung bedeutet, als sie zur selben Zeit in Preußen die Hand dazu bot, in einem Augenblicke, wo von der Allgemeinheit höhere Opfer gefordert wurden, durch Umgestaltung des § 11 des Ergänzungsteuergesetzes ein neues Steuerprivileg für die Landwirtschaft zu schaffen, und die Anregung dazu gab, im Rahmen der Stempelsteuer Modifikationen einzutreten zu lassen, die die Landwirtschaft unendlich weniger hoch aber ausnahmslos treffen als die fähigste Bevölkerung allerorts, obwohl der für Reich und Staat erforderliche Mehrbedarf im letzten Ende zum guten Teil — man denke an die Verlobungs-erhebungen — seinen Umlauf in der allgemeinen Preissteigerung der letzten Jahre botte, diese aber nicht am vornehmsten durch den zugunsten der Landwirtschaft verfahren, und zwar unter ihrer Übergangung nach mit Recht veräußerten Volksgeld beunruhigt ist.

Präsident Dr. Strub ist aus höchste Überacht, daß bei der Zuwachsteuer vorläge von den Winderheitsparteien nicht die ganze Besitzsteuerfrage wieder aufgerollt wird, und schließlich eingehend, wie hinsichtlich die Einwendungen sind, die gegen die Erbansfallssteuer vorgebracht wurden. Er sagt dabei:

Für die Konservativen war noch der Erklärung ihres Führers der für ihre ablehnende Haltung im letzten Ende ausschlaggebende Grund, man dürfe eine allgemeine Besitzsteuer nicht in die Hand eines allgemeinen, gleichem Rechte bedingenden Parlamentes legen. Auch ich habe meine großen Bedenken gegen ein allgemeines, gleiches Wahlrecht und gebe einem abgestuften der Vorzug, sofern die Abstufungen nicht nur nach dem Gelde erfolgen, die Unabhängigkeit der Wahl nach oben wie unten so gesichert ist, wie es bei den nun einmal vorhandenen Abhängigkeitsverhältnissen eben möglich ist, und wie es wieder durch die gegenwärtige preussische Regierungsvorlage noch durch die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses zu ihr irgendeine bis zur Grenze des Erreichbaren gehen würde, und fassen endlich die Einteilung der Wahlkreise eine angemessene ist. Aber Gegnerschaft gegen das Wahlrecht rechtfertigt es nicht, dem Volke an Stelle gerechter minder gerechter Steuern aufzuerlegen.“

Die Mehrheit habe bei der Finanzreform die nötige Besitzsteuer nicht geschaffen. Sei nun die Reichszuwachsteuer ein erheblicher Fortschritt in der Lösung der Besitzsteuerfrage? „Ich muß diese Frage mit einem glatten Nein beantworten.“ Die Wertzuwachsteuer erklärt Strub für durchaus berechtigt und notwendig als Gemeindesteuer, ganz und gar aber nicht als Reichsteuer. Sie sei schon deshalb keine Besitzsteuer, weil ein Verkäufer, der hohe Steuer zahlen muß, ein ganz armer Teufel, ein anderer, der beim Verkauf geringen Gewinn macht, Millionär sein könne. Die Steuer belaste vorwiegend die Städte. Sie führe zu einer unendlichen Menge schwieriger Rechtsfragen. Die Generalanleihe des § 55, die den Bundesrat ermächtigen soll, auch Rechtevorgänge für steuerpflichtig zu erklären, die ohne unter das Gesetz zu fallen, „es einem andern ermächtigen, über das Grundrecht oder Recht die Eigentümer oder der Berechtigten zu verfügen“, enthalte nicht mehr und nicht weniger als eine Vorverurteilung der Reichszuwachsteuer. Der Verfasser weist den Einwurf zurück, daß viele Gemeinden die Steuer ja gar nicht wollten:

Was können die Gemeinden dafür, daß die vom Staat erlassenen Gemeindeverfassungsgesetze den Hausbesitzern ein denartiges Übergewicht gewährt, daß diese die Einführung einer vernünftigen Steuer hinterzögen können? Es läßt sich widerin aber auch in solchen Fällen, in denen die Mehrheit der Stadtverordneten sich bisher der Einführung der Gemeindeverwachsteuer mit Erfolg widersetzt hat, die Verhältnisse früher oder später sich ändern als sie erweisen. Am 10. Mai a. Z. hielt man mit im Reichstagesgange auch entgegen, nicht einmal in Vertin ist die Einführung der Steuer gelungen. Ich entgegne, zunächst gehört Berlin mit seinen 100 Pro. Einkommen- und 100 Pro. Realwerten nicht weniger als zu den Gemeinden mit wirklich schwereren Finanzverhältnissen und könne daher die Zuwachsteuer leichter als zahlreich andere Gemeinden ertragen; ich sei aber überzeugt, über kurz oder lang, schon wenn der Etat mit 100 Pro. Einkommensteuervorschlägen nicht mehr zu balancieren sei, würde auch hier die Mehrheit der Reichstagesgänger in der letzten Instanz überwinden. Schließlich noch, als ich damals selbst glaubte, haben mit die Dinge sich anders ergeben die Gemeinden künftig nur einen Anteil an den Erträgen aus der Besteuerung des Wertzuwachses ihres Grundbesitzes, statt daß sie allein diesen Wertzuwachsbetrag zu besteuern können, so bleibt ihnen, da ins Gewicht fallende Ersparnisse, namentlich als die Dauer, in den letzten Jahren möglich sein werden, nicht über, wie das Mehr, das sie ohne die Besitzsteuer auf diese Weise hätten aufbringen können, aus anderen Quellen zu beschaffen, und diese Quellen werden nicht die Einkommensteuer und die Realsteuer sein. Da nun weder Einkommensteuer noch Realsteuer wirklich Besitzsteuer sind, so wird dann also der Effekt der Reichszuwachsteuer sein, daß der Grundbesitz spezialisiert nur, was er als Zuwachsteuer ohne das Doppelvermögen des Reiches allein an die Gemeinde zu zahlen haben würde, an Reich, Staat und Gemeinde aufkommen läßt, also nicht höher belastet wird, sondern nur der Steuerlastigkeit weicht, daß dagegen auf dem Umwege der Gemeindesteuern der Allgemeinheit, also zum großen Teil dem Mittelstand und den Winderhalten von Reich wegen neben den neuen Verwachsteuer noch eine neue direkte Steuerbelastung auferlegt wird. Auch infolgedessen die Zuwachsteuer im Effekt alles andere, nur eine Besitzsteuer“ nach der Verfassungsmäßigkeit. Zudem die teilweise Beschlagnahme des Reiches die Gemeinden zur Erhebung höherer Einkommen- und Realwerten oder auch Gebührenten nicht, wie die Reichszuwachsteuer auch geradezu grundbesitzlich.

Freiheit der Kirche

hat bei der gegenwärtigen Beratung des Antikretals im preussischen Abgeordnetenhause der Zentrumsgewählte Dietrich Baumbach wieder einmal verlangt. Es ist keine neue Forderung, die da erhoben wird, nur verfehlt die Herren vom Zentrum meistens, im einzelnen genau anzugeben, was sie unter „Freiheit der Kirche“ verstehen. Aber ein großer Kenner des Ultramontanismus hat sich darüber geäußert, und an seine Worte sei jetzt erinnert. Wiemarck rief dem Zentrum im Reichstag am 26. November 1884 entgegen: „Sie kämpfen für die Freiheit der Kirche! Was verstehen Sie aber unter Freiheit der Kirche? Unter Freiheit der Kirche verstehen Sie das Verschwinden der Kirche. Sobald diese Herrschaft irgendeine beendigt wird, reden Sie von diözesanischer Verfolgung, Kaiserlicher Unterdrückung; das Verschwinden ist Ihnen so angeboren als alten Traditionen.“ Auch ein streng katholischer Katholik hat sich über den Begriff Freiheit der Kirche ähnlich ausgesprochen. Der Regens. Dr. theol. et jur. W. Martens sagt in seinem Buch: „Die Beziehungen der Oberordnung, Nebenordnung und Unterordnung zwischen Staat und Kirche“ S. 251: „Im Sinne der Hierokratie ist Libertas ecclesiae (Freiheit der Kirche) gleichbedeutend mit majoritas ecclesiae, d. h. Suprematie der Kirche über den Staat.“ Auf das ultramontane Erben nach „Freiheit der Kirche“ ist eben der Satz in H. St. Gamberlains „Grundlagen des 19. Jahrhunderts“ S. 657 angewandt: „Bedingungslos Freiheit heißt unbedingte Macht.“

D. E. S.

Eine schwere Niederlage Prof. Dreus.

Von den vielen Niederlagen, die sich der Reichsminister Prof. Dreus mit den Wortträgen über seine „Christenmythe“ geholt hat, war wohl eine der vernichtendsten die, welche ihm am 17. April in Darmstadt zu teil

wurde, wo ihm u. a. Dr. Waig, der Vorsitzende des Reichstages des Evangelischen Bundes und der Giesener Professoren Krüger, Eck und Gunkel entgegentraten. Insbesondere bei des letzteren Rede wurde, die die „Darmstädter Zeitung“ berichtet, die Situation hochdramatisch. Der bekannte Schriftsteller Demos' religionsgeschichtliche Methode und seine Hypothese über einen vorchristlichen Jesus als unhaltbar und aus ängstlich Dilettantismus geborene Behauptungen nach. Als er erklärte, daß Demos in Unkenntnis der Ursprache einfach nicht in die Sache einzufließen sei, wurde ihm dieser Vorwurf abgewogen, durchbrachte trotzdem den Saal. Prof. Demos mußte jählich gehen, da in dem ersten Kapitel seines Buches selbst verkehrt sei, wie er denn überhaupt auf dem Gebiet der religionsgeschichtlichen Forschung zum Vorkommen sei, der von anderen folgenden Resultate zusammengetragen habe. Und ein solcher Mann wird der Christen ihre Sonne vom Himmel holen!

Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Das österr. Reichliche Herrenhaus nahm am Montag die Anleihevorlage nach längerer Debatte an. Im Laufe der Debatte erklärte Wiener, bei Einführung von neuen Steuern sei umso größere Vorsicht geboten, als man noch immer von der Möglichkeit gefährlicher auswärtiger Vermittlungen habe, welche die Anspannung der Steuerkraft mit sich bringen könne, so daß man gewisse Personen in relativ friedlichen Zeiten nicht ganz erschöpfen dürfe. — Der Prager Staderrat hat den Grafen Jepsell in einer persönlichen Zuschrift eingeladen, mit dem Kaiserlich „S. 3.“ auf der geplanten Fahrt von Wien nach Dresden auf der Königlich-sächsischen Eisenbahn zu landen, wo die Königlich-sächsische Regierung die in sächsischer Sprache begründete, um den Zutritt zu der Ernennung ausgesprochen, daß großdeutsche Kundgebungen bei der Landung verboten werden. Zum Befrieden der Armen Prags soll ein niedriges Eintrittsgeld erhoben werden.

Frankreich. Der neue italienische Botschafter Tittoni überreichte am Dienstag in Paris dem Präsidenten Fallières sein Beglaubigungsschreiben, wobei er seine aufrichtige Freundschaft für Frankreich betonte. Fallières versicherte Tittoni seiner Sympathie, daß er auch in Lande begehren werde, und der lebhaftesten Begrüßung der Regierung, ihm als Botschafter willkommen zu heißen. — Wie aus Chambouy Bergerolles gemeldet wird, dauert die Erregung von den Wahlen der unter der Präsidentschaft am Montag wurden vier Personen unter der Aufsichtbildung, Schiffe auf die Genarmer abzugeben zu haben, verhaftet und ebenso ein junger Mann, der sich seiner Festnahme widersetzt. Zwei Schwabraden Dragoner und 80 Genarmer befinden sich bereits im Orte, ein Bataillon Infanterie wird noch erwartet.

Finnland. Englische Agitation zugunsten Finnlands in den Handelskammern in Ruuskahti, Gull, Glasgow, Edinburgh, Manchester und Liverpool haben eine Agitation gegen die Ersetzung Finnlands eingeleitet. Dem Staatssekretär des Äußeren Sir Edm. Grey wird in dieser Angelegenheit ein Memorandum überreicht werden. Da auch in Ruuskahti eine Bewegung gegen die beabsichtigte Aussetzung Finnlands eingeleitet hat, wird der Zar, so wird allgemein angenommen, dem Druck nachgeben und die künftige Verfassung respektieren müssen. Bei der Audienz des Dumaspräsidenten Büchschütz in Zarstsele Eselo äußerliche Bekundung der Zar nach Meldungen aus Petersburg den Wunsch, die Dama möge die finnische Vorlage noch in dieser Session erledigen und, wenn es nötig sein sollte, die Session verlängern. Man kann nun gespannt sein, ob bemerkt die „Wester-Tag.“ zu diesen ihr angenommenen Nachrichten, ob die russischen Staatsminister, die „Pomorie Wemsa.“ an der Spitze, sich auch mit solcher Eile auf die englischen Führerpreisen und Verträge werden, wie sie vor kurzem bei der Erklärung deutscher Professoren über die haarschneidende Stellung des Großfürstentums zu Ruuskahti wieder befehlen. — Das Militärgericht in Alexandropol verurteilte im März wegen der Verletzung der Geschäfts für gegenwärtigen Kredit um 55,000 Rubel im Jahre 1894 9 sechs der Angeklagten zum Tode durch den Strang und drei zu 15jähriger Zwangsarbeit. Die übrigen wurden freigesprochen.

England. Das Unterhaus nahm am Montag, wie schon gestern kurz gemeldet, die zweite Lesung des Finanzgesetzes mit 228 gegen 242 Stimmen an. Die russischen Nationalisten stimmten mit der Regierungspartei, die Liberalen mit der Opposition. Im Laufe der Debatte erklärte Schatzkanzler Lloyd George, daß seit der ersten Einbringung des Budgets der Handel zugenommen und die Beschäftigungslage sich abgemildert habe; er sei der festen Überzeugung, daß das Land sich auf dem Wege zu einem geschäftlichen Aufschwung befinde, wie es einen solchen größer selten erlebt habe.

Italien. Zur Kretzfrage haben die türkischen Vertreter am Montag bei den Schumädger in eine Erklärung abgegeben, nach welcher die Pforte die Eidesleistung der kretzischen Abgeordneten auf den Namen des Königs der Hellenen als einen argen Übergriff gegen die Souveränitätsrechte der Türkei betrachtet und die Mächte auffordert, diese zu verhindern. Die Pforte würde sich gegen die Eidesleistung wehren. — Ein algerischer Aufstand der Araber ist nunmehr ausgebrochen, der der Pforte sehr schwer zu schaffen machen wird. Die Nachrichten aus Oberalgerien lauten ungnädig. Weitere zwölf Bataillone und vier Batterien sind nach Algerien unterwegs, so daß die Gesamtzahl der Truppen 23 Bataillone und 16 Batterien beträgt. Die Moresken von Salomiti sind eingelegt worden. Schiffe tragen Vorräte verladen, daß die Flotte von Salomiti rechtzeitig zu verladen, daß 3000 Mann an Land zu setzen und den Bahnverkehr hindern. Am Montag wurde wiederum im Engpass Ratschkan ein Eisenbahnzug von Arantun durch Schiffe aufgehalten, die Welter, hat aber gefahren, da der Zug weder Militär noch Kriegsmaterial führte. Der Engpass ist angeblich von 100 Mann besetzt. Weitere Militärtransporte sind auf dieser Bahnlinie eingestellt worden. Die Wärschener sind nunmehr nämlich von den Aufständischen mit Aufhängen bedroht, wenn sie weiterhin Militärzüge

führen. Der türkische Ministerrat hat beschlossen, die Reichsbahnen in Saloniki und Smyrna zu mobilisieren und nach Oberitalien zu entsenden. — Ein Telegramm vom 28. d. M. lautet: Der Bahnverkehr zwischen Ustuek und Mitrowitzka ist heute durch die Rebellen unterbrochen worden. Nach den vorliegenden spärlichen Meldungen finden zwischen Kaschan und Verolowitsch Kämpfe zwischen Truppen und Anrathen statt. Cobanga Kasiga und Zorge seien bombardiert worden. Seit 9 Uhr normales Feuer aus beiden Richtungen auf Jpet, gekämpft. Beide Segner hatten erhebliche Verluste erlitten.

Persien. Über Anarchie in Nordpersien führt die „Petersburger Telegraphen-Agentur“ Klage. Die Lage in der Provinz Lenia ist danach äußerst schwierig, da weder die persischen Behörden, noch die Führer der türkischen Truppenstellung, die mehrere Gebiete besetzt hält, für Ordnung und Sicherheit sorgen. Die mohammedanische Bevölkerung zeigt offene Feindschaft gegen die Christen, insbesondere gegen die orthodoxen Tyrer. Die Christenführer beklagen die in ihrer Verleugnung befindlichen Christen, Kurden verüben nachlässige Überfälle, rauben die Christenböden aus, entführen die Frauen und junger Leute, den Zellen auszuhandeln. Ein vor 3 Wochen entführtes orthodoxes Mädchen wurde trotz des Protestes des russischen Konsuls nicht ausgeliefert. Ohne das energische Einschreiten Ruuskahts und Englands besteht, das betonen die russischen Offiziere, keine Hoffnung auf Wiederherstellung der Ordnung und Erleichterung der Lage der Christen. — Die Absicht bei Vertreibung dieser Vagabunden ist natürlich klar. Die Anfertigung des russischen Konsuls in London wird in den nächsten Tagen, wie jetzt englischerseits ausgegeben werden muß, ganz und gar unbegründet. Wie der „Daily Telegraph“ aus Petersburg berichtet, ist die Absicht der „Petersburger Wärsen.“ unrichtig, daß die deutsche Gesellschaft die Konzession für die Schifffahrt auf dem Urmiose erhalten habe. Die persische Regierung vermöge wegen der inneren Streitigkeiten, den Zellen nicht zu handeln. Die erwähnte Konzession könne von keinem persischen Minister verlesen sein, sondern von dem Emir Kuli Mirza, der den Befehl für die Schifffahrt auf dem Urmiose vom Schah Nair Eddin erhalten zu haben behauptete, aber kein Dokument darüber besitze und kein Recht habe selbst eine Konzession zu erteilen.

Sina. Zum Spanierkriegsfall in Sina ist, wie der Londoner „Morning Post“ aus Schanghai gemeldet wird, der Amir Abd-Gamb bestimmt worden.

Japan. Der „Standard“ erzählt, die in Paris geführten Verhandlungen für eine bedeutende neue japanische Konzentrationssanleihe befinden sich in einem vorgeschrittenen Stadium. Der in Frankreich ausgiebige Betrag soll sich auf 5 Millionen Pfund Sterling belaufen. Die Sanleihe würde in London weitere 9 oder 10 Millionen angeboten werden. Die gesamte Anleihe ist zur Konzentration der hauptsächlichsten fünfprozentigen japanischen Anleihen in eine vierprozentige Äußere bestimmt. — Auf Anregung russischer und japanischer Kaufleute hat sich in Charbin eine russisch-japanische Gesellschaft gebildet, die gegenwärtig Verhandlungen mit beiden Nationen zur Aufgabe macht. Als Mittel hierfür sind ins Auge gefaßt das Vereinen der Sprachen, das Studium der Kultur und des Wirtschaftslebens beider Völker und die Förderung der Entwicklung der Handelsbeziehungen.

Deutschland.

Berlin, 27. April. Der Kaiser machte gestern vormittag in Straßburg i. E. in Begleitung des Professors Dr. Herzogell einen Spaziergang und folgte um 12 Uhr einer Einladung des Staatssekretärs Freiherrn Jörn von Einlad zur Frühstücksstafel. Die Kaiserin und die Prinzessin machten gestern vormittag einen Spaziergang in der Danciger. Die Kaiserin beschickte später das Waisenhaus in Neuendorf und empfang, in den Kaiserpalast zurückgekehrt, die Gemahlin des kommandierenden Generals v. Fabed. Um 2 Uhr nachmittags fuhr der Kaiser mit militärischem Gefolge in Automobilen nach We. Dort trug der Kaiser an der kürzlich wieder hergestellten öffentlichen Mänge aus. Der Bezirkspräsident Graf Zepelin-Mühlhausen begrüßte ihn mit einer Ansprache, in der er auf die Bestrebungen des Vereins für lothringische Geschichte und Altertümer einzog und dem Kaiser für das diesen Bestrebungen entgegengebrachte Interesse dankte. In seiner Erwiderung betonte der Kaiser den hohen Wert, den er auf die Pflege geschichtlichen Sinnes lege, und gab seiner Freude Ausdruck, dies zeitvolle Werk patriotischer Baufürsten kennen zu lernen. Der Bürgermeister von We dankte dem Kaiser für seinen Besuch. Ehrentugendfrauen in lothringischer Tracht, die Mitglieder der städtischen Verwaltung, der Ortsparthei und Vertreter des Vereins für lothringische Geschichte standen am Eingang der Mänge und wurden vom Kaiser aufs freundlichste begrüßt. Hieraus wurde das Innere des Baus eingehend besichtigt; die Ehrentugendfrauen reichten Wein und Malconen. Nach etwa einstündigem Aufenthalt wurde die Fahrt nach Urville fortgesetzt, wo der Kaiser um 6 Uhr 20 Min. gleichzeitig mit der Kaiserin eintraf, die um 3 1/2 Uhr Straßburg mittels Sonderzuges verlassen hatte. In ihrer Begleitung befand sich die Prinzessin Wiktoria Luise. Die Stadt Weh hat reichen Flaggenschmuck angelegt. Das Wetter ist veränderlich.

— Eine Begegnung zwischen Kaiser Wilhelm und König Edward sollte, wie der Berliner Korrespondent des „Standard“ behauptete, im August d. J. stattfinden. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bemerkt hierzu, daß ein Kaiserlicher Hoflager von dieser Begegnung nichts bekannt ist.

— Der Kaiser und Dr. Curtius. An der Paradeplatz im Kaiserpalast zu Straßburg nahm auch

Dr. Curtius, der Präsident der Kirche Augsburgischer Konfession, teil. Man wird sich erinnern, daß vor drei Jahren Dr. Curtius wegen der Herausgabe der Memoiren des Reichstages Hofenologe von der Liste der Eingeladenen gestrichen wurde und auch im letzten Jahre noch nicht empfangen wurde. Man legte Dr. Curtius sogar nahe, von seinem Amte zurückzutreten, ja man sprach davon, er solle durch geeigneten inneren, was aber nicht ging, da er keine Staatsstellung inne hat. Jetzt ist die Wolke scheinbar gewichen.

— Der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg ist an Influenza erkrankt und mußte am Montag das Bett hüten. Das Bedenken ist aber bereits soweit geßigt, daß er vermutlich in der Lage sein wird, den Verhandlungen im Herrenhause über die Wahlrechtsreform beizuwohnen.

— In der Plenarsitzung des Bundesrats, die am Montag unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Weremuth stattfand, wurden mehrere Beschlüsse des Reichstags zu Petitionen dem Reichskanzler überwiesen. Die vereinigte Ausschüsse des Bundesrats für Zoll und Steuern und für Handel und Verkehr hielten am Dienstag eine Sitzung ab.

— Der Eisen-Ausschuß der deutschen Landes-Versicherungsanstalten trat im Dienstgebäude der Landesversicherungsanstalt Berlin zu einer Sitzung zusammen, um zu dem Entwurf der Reichs-Versicherungsordnung Stellung zu nehmen. Es wurde beschlossen, eine Reihe dringender wünschenswerter Änderungen, welche im Entwurf unberücksichtigt geblieben sind, der Kommission des Reichstags zu unterbreiten und hierzu die Zustimmung der Gesamtheit der Versicherungsanstalten in einer am 12. Mai stattfindenden Vollversammlung einzuholen. Von besonderer Bedeutung sind zwei Beschlüsse: Es soll den Versicherungsbescheidern keine Sonderstellung gegenüber den Versicherungsträgern eingeräumt werden, es soll vielmehr ausdrücklich im Gesetz bestimmt werden, daß die Versicherungsträger in gleicher Weise wie die Leiter der Versicherungen berufen sind. Es wird ferner verlangt, daß die Kosten der Versicherungsämter nicht den Versicherungsträgern zur Last fallen; eventuell will ein Zurückgreifen auf die im bestehenden Gesetz vorgezeichneten Versicherungsämter empfohlen.

— (Eine Absage) hat der Bund der Landwirte nun auch von der Großindustrie erhalten. Auf dem Festmahle des Zentralverbandes deutscher Industrieller hatten Graf Schwerin-Schwarz, der Präsident des Reichstags, der sich auf diesem Festmahle mehr als Präsident des Landwirtschaftsrates fühlte, und Freiherr v. Sump mit den nationalliberalen Rednern das Thema über die Interessengemeinschaft zwischen Industrie und Landwirtschaft, d. h. die Solidarität von Großindustrie und Großagrarierum, besprochen. Fast konnte es scheinen, als sollte hier zwischen der schweren Industrie und dem extremen Liberalismus ein Pakt eingeleitet werden. Gegen solche Kombinationen setzt sich nun der Zentralverband deutscher Industrieller selbst zur Wehr. „Es sei allen gemein bekannt, daß Generalsekretär Wedd immer für das Zusammengehen von Industrie und Landwirtschaft eingetreten ist. Wo und wann er sich aber zu dieser Frage äußerte, hat er immer freigegeben zwischen der Landwirtschaft und der in's Auge faßt, und zwischen dem Bunde der Landwirte. Diesen hat er stets als den Feind der Industrie und ihrer berechtigten Bestrebungen in entschiedenster Weise bezeichnet und bekämpft.“

Parlamentarisches.

— In der Budgetkommission des Reichstags wurden am Dienstag die Anträge Erbsberger und Holtmann abgelehnt gegen die Stimmen desentrums und der Wirtschaftlichen Vereinigung, desgleichen der sozialdemokratische Antrag. Der Staatssekretär gab eine Erklärung ab, in der er die vom Zentrum geordneten Gutachten zugab, ebenso die Vorlegung einer Denkschrift über die direkte Besteuerung im Sinne der freilicheren Forderung, desgleichen die Revision des Verregesetzes. Die Einführung eines besonderen Einkommen-Verregesetzes ist ihm ungnädig. Die Resolution von Brodhagen, betreffend die Erhebung besonderer Steuern, wurde angenommen gegen die Stimmen der Freikonserativen und Nationalliberalen. Die Resolution der Wirtschaftlichen Vereinigung über die zwingende Einführung des Reichstags und Bundesrats bei der Erteilung von Land- und Bergwerkskonzessionen wurde mit 12 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Die Budgetkommission übernimmt keine Verantwortung für den Abschluß der Verträge mit der Deutschen Kolonialgesellschaft; dies wurde ausdrücklich festgestellt.

— Die Beratung der Kommission für die Zuwachssteuer drehte sich, wie man uns von parlamentarischer Seite schreibt, am Dienstag um die Frage der Anrechnung von Zinsen des Erwerbepreises. Die Vorlage der verändernden Regierung wollte in § 15 Nr. 4 nur eine 4prozentige Verzinsung des Erwerbepreises unbaubarer Grundstücke unter Abzug der Zinsen auf längstens 6 Jahre zulassen, die der Verkäufer vor der Veräußerung bebaut hat. Nur für

eine Übergangszeit von 4 Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes wollte die Vorlage in § 53 allgemein einen 4 prozentigen Abzug für 6 Jahre zulassen. Die vorliegenden Anträge bezweckten eine weitere Ausdehnung des Zinsenabzuges. In erster Linie war an die Verschärfung der Tertainspekulation gedacht, die große Kapitalien in Grundstücken festlegt in der Hoffnung, bei späterer Veräußerung in dem Erlös zugleich einen Betrag ihrer Preisverluste zu finden. Deshalb wollte ein Antrag der Nationalliberalen bei unbeanhalten Grundstücken einen Abzug von 4%, Zinsen gestatten unter Gegenrechnung der Einnahmen. Ein Antrag der Konfessionsvereine erweiterte die Zinsabrechnung auf alle Grundstücke, ermäßigte aber den Zinsfuß auf 3%. Ein Zusatzantrag des Zentrums will die Zinsabrechnung auf 15 Jahre beschränken. Die grundsätzliche Erweiterung drehte sich um die Frage der Berechnung einer Zinsabrechnung bei Baugrundstücken. Die wirtschaftliche Vereinigung und einzelne Redner des Zentrums lehnten jede Zinsabrechnung ab. Angenommen wurde der Zentrumsantrag mit einem von der fortschrittlichen Volkspartei beantragten Zusatz. Es sollen also von dem Veräußerungspreis abzugsfähig sein 3% Zinsen des Erwerbspreises vom Tag des Erwerbs ab, jedoch nicht länger als 15 Jahre zurück, mit der Maßgabe, daß auf den Zinsabzug der während der Zeit aus dem Grundstücke erzielte Ertrag, bei fortwährendlich genügenden Grundstücken auch der Wert des Zuwachses anzurechnen ist.

Der Unfall des Zentrums in der Kalk-Kommission. Nach den ungewissensten Erklärungen, die drei Vertreter des Zentrums namens ihrer Fraktion abgegeben hatten, daß diese dem Kalkgesetz nur dann zustimmen würden, wenn der Schutz der Arbeiter durch die gesetzliche Sicherung von Tarifverträgen im Kalibergbau gewährleistet sei, war die allgemeine Überzeugung, daß damit das Kalkgesetz gesichert sei, da der Handelsminister die betreffenden Anträge für unannehmbar erklärt hatte. Aber das Zentrum bringt es fertig, auch gegenüber einer solchen Festlegung noch unzufallen. Ein Antrag Brodhaußen, der von Arbeitern die Durchschnittslöhne des Jahres 1909 dadurch sichern will, daß Herabsetzung der Löhne oder Verlängerung der Arbeitszeit durch eine Kürzung der Beteiligungsschiffer der Werke am Ablass gestraft werden soll, wird am Mittwoch angenommen werden mit einem Zusatzantrag Müller-Krauba, wonach die Bestimmungen auf solche Werke erst

Platz greifen soll, wo Tarifverträge zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vereinbart sind. Der Antrag kann einfach dadurch illusorisch gemacht werden, daß sämtliche Werke sich über gemeinsame Lohnherabsetzungen verständigen. Aber auch wenn das nicht geschieht, welche Sicherung ist den Arbeitern gegeben, daß die Löhne entsprechend der fortschreitenden Verteuerung aller Lebensbedürfnisse mitsteigen? Der Antrag ist ein Stein statt eines Brotes. Alle fortschrittlichen und sozialdemokratischen Anträge, für die das Zentrum noch in der Debatte sich erklärt hatte, brachte dasselbe Zentrum dadurch zu Fall, daß es immer so viel Stimmen abkommandierte als nötig waren. Die Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums ist damit wieder einmal in ein glänzendes Licht gestellt.

Vermischtes.

*** (Zur Überschwemmung in Serbien)** Nach den letzten Nachrichten hat die Überschwemmung viel größere Vermittlungen angefaßt, als anfänglich gemeldet wurde. Man schätzt jetzt den Schaden auf mehrere Millionen. Der untere Teil der Stadt Krakrajow ist verflutet; zahlreiche Familien haben ihre Habe verloren. Die Dörfer in der Umgebung von Krakrajow haben großen Schaden erlitten. Die Winter- und Feldfruchtensaat ist vollständig vernichtet. Infolge der unaufrichtigen Angaben ist die Morana über die Ufer getreten und fließt fortwährend, die Dörfer und die ganze bewohnte Gegend überschwemmend. Die ausgebreitete Niederung bildet einen einzigen See. Fast überall sind Häuser eingestürzt. Ein großer Teil des Kleinviehs ist ertrunken. Die genaue Zahl der umgekommenen Personen ist noch unbekannt, aber sehr jedenfalls groß. Der Jagenerker auf der Hauptlinie Belgrad-Nisch ist zusammen mit mehreren anderen Booten gesunken. Die Reisenden werden mit Pontons in dem Überschwemmungsgebiet übergesetzt.

*** (Schwere Unwetter)** gingen im mittleren Westen der Vereinigten Staaten nieder. Der auf den Feldern angerichtete Schaden wird auf 30 Millionen Dollars geschätzt.

*** (Am Kreuz geknüpft)** In Areola im Staate Pennsylvania beschuldigten die Arbeiter einen Mann namens George Rabih der „weißen Sklaverei“, die er im Auftrage der Minengesellschaft betriebe. Sie führten, wie dem „Berl. Tagebl.“ berichtet wird, fünf Säue und schleppten Rabih bis ans andere Ende der Stadt. Dort stiegen sie ihm eine Dornenkrone aufs Haupt und nagelten ihn an ein Kreuz, das aus Strohblößen hergestellt war. Darnach schickte man ihn nach dem biblischen Vorbild. Die Bergleute veranfaßten ein Heeresgelingen am Kreuz und weideten ihn an den Qualen ihres Opfers. Rabih starb nach wenigen Minuten. Vier der Teilnehmer an diesem brutalen Akt der Lynchjustiz wurden verhaftet, nachdem sie den Polizeibeamten einen heftigen Kampf geliefert hatten.

*** (Zu der Explosion)** in der Kohlenmine bei Amsterdamm (Ohio) wird uns gemeldet: John Mann wird lebend, dreizehnmal guttate gefördert worden. Zwei Mann werden noch vermisst.

*** (Entdeckung eines Mordes durch einen Polizeihund)** Einen bemerkenswerten Erfolg hat der Diensthund Boltso von der Berliner Kriminalpolizei in dem Dorfe Wädrig bei Wilmshagen gehabt. Vor einigen Wochen war aus Wädrig plötzlich der Lehrer Paul J. S. m. e. r. vermisst worden. Die Ermittlungen ergaben, daß er zuletzt mit dem Bauern Kasperer nach dem 2 Stunden entfernten gelegenen Orte Neugut um gegangen war. Kasperer behauptete nun, er sei mit J. zusammen vor diesem über einen Briefentwurf gegangen, der einen Graben überdrückte. Wädrig sei J. hinter ihm verschwand, und er habe ihn nicht wiederfinden können. Das war ihm so auffallend, als auch ein gründliches Blühen des Grabens die Worte des Vermissten nicht zu Tage förderte. Sehen Tage später ließ sich die Postleibehörde Boltso von Berlin kommen. Der Hund erhielt von Abwehrungskühen des Lehrers Witterung, spürte aber an dem Steg nichts auf. Dagegen spürte er mit erneuter Witterung nach der Warte, von dort über eine Gassenarbe nach einem Bahnhofsplatz. Von diesem sprang er endlich ins Wasser. Als man die Warte absuchte, fand man am Bahnhofsplatz J. S. m. e. r. Leiche; sie wies mehrere Verletzungen und Blutergüsse am Halse auf. Es wurde weiter festgestellt, daß der Bauer in einem Strafprozeß verurteilt ist und mehrmals verurteilt hat, den Lehrer zu einer falschen Aussage zu verleiten. Kasperer wurde darauf unter dem dringenden Verdacht, den Lehrer umgebracht zu haben, in Haft genommen.

*** (Ein verhängnisvoller Bootssturz)** hat sich am Sonntag nachmittags in W. e. n. t. e. n. b. i. e. n. b. e. r. e. n. aufgetragen. Auf dem Blauersee tatterte ein Boot mit vier Passagen bei dem Versuch, es an einem Schloßplatz zu befestigen. Drei Knaben im Alter von 13 und 8 Jahren sind ertrunken, während ihr Vater und Onkel gerettet wurden.

*** (Selbstmord eines Kinderläubigen)** Der 19-jährige Schüler einer höheren Lehranstalt in G. e. l. i. e. n. b. e. r. g. er schloß sich in der Wädrig der Wädrig an. Das Motiv der Tat ist vermutlich in einem Zwistnis mit seinen Eltern zu suchen. — In Wädrig hat sich der 17-jährige alte Kadeit Hans v. Wengelin, der Sohn eines Hamburger Kaufmanns, in der Nacht zum Montag von einer Brücke in die J. ar. e. g. e. t. Seine Leiche wurde ans Ufer getrieben. Der Grund zur Tat ist noch nicht festgestellt worden.

Reklame teil.

Nun bleibt mir gefälligst einmal vom Seibe mit all dem faulen Zeug, das mich gründlich den Magen verdorben hat, ohne gegen meine Katarrh vorläufig zu helfen. Jetzt will ich Sobener haben — aber daß mit auch nur die ächten von „Soy“ gebraucht werden. Man hört's überall, daß die mit so einem Katarrh im Handumdrehen aufsteigen und nebenbei auch für Magen und Darm eine Wohlthat sind. Fays ächte Sobener gibt's in Apotheken, Drogerien etc. für nur 85 Pf. pro Schächtel.

Anzeigen.
Bei diesen Zeilen übernimmt die Redaktion den Publikums gegenüber keine Verantwortung.

Familiennachrichten.
Für die uns anlässlich unserer silbernen Hochzeit in so reichem Maße erwiesenen Ehrungen und Aufmerksamkeit sagen herzlichsten Dank
Hermann Sachse, Polstz.-Frg., und Frau.

Für die uns anlässlich unserer Hochzeit erwiesenen Aufmerksamkeit sagen wir auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank.
Otto Schulz und Frau
Martha geb. Göhle.

Donstag nachmittags 5 1/2 Uhr habe unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter, die verstorben.

Frau Langohr
geb. Schnellmad.
Dies zeigen tiefbetrübt an die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Freitag nachmittags 3 Uhr vom häuslichen Friedhofe aus statt.

Danksagung.
Zurückgekehrt vom Grabe meines lieben Vaters, unseres guten Vaters, Bruders und Schwagers, des Hütchenmeisters

Otto Henckel,
sagen wir Dank dem Belegereverein Hedra-Braunsdorf für die Ehrenbesorgung und Trauermusik. Dank auch dem Herrn Lehrer Wegel nebst Schuljugend für den schönen Gesangsang, sowie allen denen, die seinen Sorg mit Kränzen und Blumen schmückten. Möge Gott allen ein reiches Vergelten sein.
Braunsdorf, Kleisa, St. Michael, Berlin, den 26. April 1910
Die trauernden Hinterbliebenen

Freundliche Wohnung, 5 Zimmer nebst Zubehör, in anständigen, ruhigen Hause sofort zu vermieten und zum 1. Juni zu beziehen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Wer beteiligt sich als stiller Teilhaber mit 5-10000 Mark an einem hohen Gewinn bringenden Unternehmen. Kapitalistischerstellung. Offerten unter **K 19085 an Hausstein & Vogler, H. G., Halle a. S.**

Montag den 25. April, abends 8 1/2 Uhr, entschlief sanft nach langem, schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter
Bertha Hoffmann
geb. Berger
im vollendeten 56. Lebensjahre.
Die trauernden Hinterbliebenen:
Karl Hoffmann.
Ida und Elise Hoffmann.
Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Altenburger Friedhofes aus statt.

persil
gibt blendend weiße Wäsche, ersetzt die Rasenbleiche und spart Zeit, Arbeit und Geld! Alleinige Fabrikanten:
Henkel & Co., Düsseldorf,
auch der seit 34 Jahren weltbekannten
Henkel's Bleich-Soda

Ent erhalt. Kinderwagen in Gummireifen und ein Sportwagen
steigen billig zum Verkauf
Kleine Ritterstraße 6. Hintershaus

Ein eichenes Büffett
und gut erhaltenes Damenfahrrad
(Oppel) zu verkaufen
Seiffersstraße 6.

10 Holzbasins,
rund, je 30. 2 obm fassend, als Waffelbehalter für Gärtner passend, verkauft billig
E. Karlsruh, Ammendorf.

Bauholz,
ja. 20 obm Rantholz, billig zu verkaufen
Lützend. Nr. 14.

Frische Der-Mordeln,
frischen Odenwälder Waldmeister,
geräucherte Elb-Nale,
Kieker Büdinge,
hochfeine Matjes-Heringe,
Malta-Kartoffeln,
frischen russischen Salat
empfehlen
G. L. Zimmermann.

Kinderwagen, fast neu,
zu verkaufen
Güterstraße 15.
Königsberger
Pferdelotterie
günstigste Gewinnchancen
Ziehung 25 Mal er. Gewinne:
9 Equipagen
alle kompl. bespannt, dar.
2 Viererzüge
46 einzelne ostr. Reit- und
Wagenpferde, zusammen
68 Pferde, 3040 massive
Silbergegenstände
Loose a. M. K. 11. Lose 10 Mk.
Berlin. Motorbootlose W. d.
Hauptgewinn 50 000 Mk.,
Ziehung 12 Mal, à 3 Mk.
Losporto 10 Pf., jede Gewinnliste
20 Pf. extra empf.
Leo Wolff,
Königsberg 1 Pr., Kanstr. 2,
sowie hier Carl Brendel

Buchdrucker-Verein
Gutenberg 1887.
Sonntag den 1. Mai
Familien-Ausflug
nach Meuschau.
(Rastehaus.)
Daselbst von nachmittags 3
und abends 8 Uhr ab
Tänchen.
Der Vorstand.
Eine Aufwartung
für vormittags mit zum 1. Mai gelacht
Gutenbergstraße 10 1.

Achtung!

Fahrräder und Nähmaschinen
bei geräucher An-
gabe auf Zeitzahlung
zahlung
Kurze Straße 9



Erklaffne
Rohr Möbel
Phönix-
Klappstühle
in
grosser Auswahl

Albert Kunth,
Gottschalkstraße
Nr. 30.

Hackmaschinen!

Zur beschleunigten Arbeit empfiehlt
ich meine bekannteren und bewährtesten Hack-
maschinen für alle Hackrührer, sowie

Hack- und Häufelplüge
in besserer Ausführung. Ferner:

**Handhackmaschinen,
Doppel- u. Einradhacken.**

Universalhacken
in allen Breiten, auch mit auswechselbaren
Blättern.

Mehrere gut erhaltene
Sacksche Hackmaschinen
billig zu verkaufen.

Fabr. landw. Masch. u. Geräte
B. Bornschein

Bad Lauchstädt Bez. Halle.

Allerf. Korbbrückerlinge,
5 Stück 20 Pf.

Oelsardinen,
Büchse 60 Pf.

Pfeifergurken,
Bündel 40 Pf.

**Bratheringe, Rollmopse
russ. Sardinen**

empfiehlt
Adolf Kunecke,
Gutenbergstraße.

Frische Eier

(1 Stück 6 Pf., Dutzend 85 Pf.) empfiehlt
A. Speiser, Breite Str. 13.

Für Kinder

ist die beste Kinderzucker da süßert milch
und mostigend für die empfindlichste Haut
Bergmanns Buttermilch-Seife
von Bergmann & Co. Nordend
a. St. 80 Pf. bei W. Fuhrmann, August
Berger, Reink. Küche

Zollinhaltserklärungen

nach der am 1. Juli d. J. in Kraft ge-
tretenen Postvorschrift abgeändert, hält
verzüglich

Buchdruckerei **Th. Rössner,**
Merseburg, Leipzig.

14 tote Ratten

find Herr Bahndirektor **Capel,** Merseburg
nach Anlegen eines Bastes. Es schmeckt
prächtig. Baste 50, 100 Pf. Menschen
Schlüssel, Haustieren nicht schädlich, nur
Mäusen, Ratten, **Dom-Apotheke**
Merseburg.

Kindermwagen,

bester Weidenkorb, Lederhinauswurf, ver-
nickelte Sturmnägel **Mk. 10.75.**
Verlangen Sie Prospekt für gratis

M. Bär, Halle a. S.,
Große Ulrichstraße 54.
Rahatimachen, helles Sparbüchsen.

Bündorf.

Zum Jugendball
Sonntag den 1. Mai laden freundlich ein
die Jungen Burschen. **A. Konrad, Gastwirt.**

Sonntag den 1. Mai 1910
abends 8 Uhr

im
Etablissement „Strandblöthen“ Merseburg
einmaliges Gastspiel des berühmten

E. Waldow-Ensembles, Leipzig.

(Direktion: **E. Schilde-Waldow,** Leipzig, Georgiring 8 b)

Gesangsensemble in höchster Vollendung und vornehmster
Aufmachung. — Brillante Kostüme. — Kräfte ersten Ranges.
— Humoristische Salon- und Charaktervorträge, Duette,
Singspiele und Burlesken in höchster Dezenz.

Karten im Vorverkauf bei den Herren: Kaufmann **W. Bergmann,** Gottschalkstraße, **Erhner,** J. Garrengeschäft, Kleine
Ritterstraße, **K. Kretschmar,** Neumarkt

Grosse Aufgaben

hat die einheimische Nahrungsmittel-
Industrie zu erfüllen, wenn sie bei der
ständigen Bevölkerungszunahme den
Ansprüchen an einen wohlfeilen und
guten Ersatz für die immer teurer
werdende Butter nachkommen will.
Hier schaffen einen vorzüglichen
Ausgleich die bewährten und be-
liebten Marken

Palmafo

allerfeinste Pflanzenbutter-Mar-
garine — wirklicher Ersatz für
feinste Meiereibutter — und

Manna

das feinste Cocosspeisefett zum
Kochen, Braten und Backen,
von grösster Ausgiebigkeit
und sparsam im Gebrauch.

Überall erhältlich!

Aleingige Fabrikanten:

A. L. Mohr, G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld

Donnerwetter tadellos

Mundosa

(alleiniger Erfolg für frische Tafelbutter).

1 Pfund 85 Pf.

Hierauf zur Einführung bis 7. Mai 2 Tafeln Schokolade gratis.

Mundosa muß nach dem Gesetz als Margarine verkauft werden.

Otto Gottschalk Nachfl.,
Markt Nr. 11.

Lange Zeit frisch

hält sich folgender Kuchen.

Dr. Dettler's Plumkuchen.

Zutaten: 250 g Butter, 375 g Zucker, 6 Eier, 500 g Mehl,
4 Päckchen **Dr. Dettler's Backpulver,** 10 g gehobener Zitrus,
1 klein gehackte Zitrone, 1/2 Pfund Korinthien, 50 g Orangen-
schale, 50 g Zitronat, 1/2 Liter Milch.
Zubereitung: Die Butter rühre schaumig, gib Zucker,
Eier, Milch, Mehl, letzteres mit dem Backpulver gemischt, hinzu
und rühre die Gewürze. Fülle die Masse in die gefettete Form
und backe den Kuchen ca 1 Stunde.

Dr. Dettler's Backpulver macht Kuchen und Mehlspeisen
groß, locker und leicht verdaulich.

Ausgekämmtes Haar

läuft zu höchsten Preisen
Gottschalkstraße 32.

Reichstrone.

Täglich
grosses Konzert

humoristischen Bauernensemble
„Fidelitas“.

Sonntags
3 Konzerte.
Hochachtend **M. Kuletzsch.**

Martini's Waldhaus.

Mücheln. Tel. 34.

Im Waldespark gelegen 15 Min.
von der Stadt entfernt
Herliches Ausflugsziel.
Gute Verpflegung.

Funkenburg.

Es steht meine renovierte
Regelbahn

zum
Bereinszimmer
einer gef. Benutzung.
Hochachtend **Reinhold Fittig**

Bellevue.

Donnerstag den 28. April
Schlachtfest.

Abends 10 Uhr **Beifisch**
abends frische **Wurst und Statowiel.**
Gegenüber erachtet ein
Albert Beck.

Dauers Restauration.

Heute
Schlachtfest

Deutscher Kaiser.
Heute Donnerstag **Schlachtfest.**

Heute
Schlachtfest.

S. Duffiger, Saltsche Straße 78.

Am 1. Mai an den eine oder zwei
junge Damen,
welche an ihrer Ausbildung hier weiter,
junge Damen wählen in der Ernd. d. A.

Stickerei wird sauber ausgeführt
Niederstraße 23. port.

Damen-Schneiderei,
auch außer dem Hause wird angenommen
Friedrichstraße 15 I.

Wäsche zum Waschen und Plätten
in und außer dem Hause wird noch ange-
nommen von

Martha Hirsch, Neumarkt 44.

Glanzplätten in und ausser dem Hause
wird noch angenommen.

Frau Wagner, Gottschalkstr. 12, II
Famenschneidererei ebenda.

Ein Gartenarbeiter
sodort gesucht.

Gustav Taubmann,
Landsknecht Str. 48.

Junges ordentliches Mädchen,
welches etwas kochen und plätten kann,
wird bei hohem Lohn zum 1. Juni oder
1. August bei einzelne Dame nach einem
Bewerben gesucht. Zu erfragen
Winkelstraße 21, 2. Etage.

Unfähige laubere Aufwartung
für die Vormittagsstunden gesucht
Annenstraße 20. port.

Junges Mädchen als Aufwartung
für vormittags gesucht
Richardstraße 4. port. links.

Aufwartung
sucht unabhängige ältere Frau für die
Vormittagsstunden **Seitenbeutel 5.**

Hierzu eine Anzeige.

Beilage zum „Merseburger Correspondent“.

Nr. 98

Donnerstag den 28 April 1910

36. Jahrg

Das Handelsgremium zu Hamburg.

dessen Vorsitzender der Reichstagsabgeordnete Wang ist, spricht sich in seinem Jahresbericht nicht sehr befriedigt über das Ergebnis des Jahres und sehr pessimistisch über die Zukunft aus. Es wird ausgeführt:

Das Berichtsjahr zeigte zwar gegenüber den unter dem Druck einer schweren Krise gehandenen Vorjahren eine leichte Besserung, aber die Erholung war so gering und keineswegs auf allen Produktionsgebieten zu bemerken, so daß das Jahr 1909 nicht als ein gutes bezeichnet werden kann. Einen günstigen Einfluß übte der verhältnismäßig rasche Verlauf der amerikanischen Krise; auch die ziemlich gute deutsche Ernte machte sich vorteilhaft bemerkbar. Dagegen wirkte die ungünstige finanzielle Lage des Reichs hemmend auf das Vertrauen im allgemeinen und die unerkennliche Bösung durch die Finanzreform mit ihren schweren Belastungen für einzelne Gewerbezweige, wie die Brauerei und Tabakindustrie, über einen förmlichen Druck auf das gesamte Geschäftleben. Unter diesen Umständen konnte die bereits eingetretene Besserung in der Industrie keine wesentlichen Fortschritte machen, so daß auch die letzten Monate des Jahres keinen ersten Aufschwung erkennen ließen.

Andersjenseits führte die verteuerte Lebensunterhaltung zu einer Gehaltserschöpfung der Beamten und als Folge zur Erhöhung der Steuerlasten in Staat und Gemeinde. Hier von sowie von der Erhöhung der Preiselöhne wird wiederum Industrie, Handel und Gewerbe am härtesten betroffen, und es muß sich in der Folge erweisen, so es dem Gewerbe gelingen wird, die derzeit erhöhten Produktionskosten auf die Abnehmer abzuwälzen. In einer Zeit hohen Geschäftsganges wäre das jedenfalls viel leichter möglich. Wenn man aber insbefondere beachtet, wie sich die Maßnahmen des Auslandes gegen unsere Ausfuhr wenden, wie sich neuerdings Frankreich abschließt, wie selbst Staaten wie Portugal unsere Einfuhr erschweren, und wenn man die Vorgänge in England betrachtet, wo möglicherweise durch eine Änderung der Zollpolitik unserer Export eine große Gefahr droht, muß man mit Besorgnis in die Zukunft blicken.

So befindet eine sachverständige Stimme nach der anderen den „Segen“ der allgemeinen Hochkonjunktur!

Deutschland.

— (Wird das Arbeitsamergesetz handhaben?) Die erste Lesung in der Kommission für den Entwurf eines Arbeitsamergesetzes ist beendet, die zweite dürfte noch im Laufe der Woche stattfinden. Die Kommission hat in Übereinstimmung mit den Vorschläffen in der ersten Session der laufenden Legislaturperiode eine Reihe grundlegender Änderungen an dem Entwurf vorgenommen, nämlich die Herabsetzung des Lebensalters für die Wahlberechtigung und die Wahlbarkeit, die Einbeziehung der Werkmister in die Arbeitskammern, die Erziehung der Kammern durch den Bundesrat an Stelle der Landeszentralbehörden, die Unterstellung der Arbeiter in Eisenbahnverhältnissen unter die Kammern und die Wahlbarkeit der Arbeiterreferenten. Hierzu bemerkt eine offiziöse Korrespondenz u. a.: Daß die Regierung der Unterstellung der Eisenbahnarbeiter unter die Arbeitskammern unter keinen Umständen zustimmen werde. Die Gründe hierfür seien wiederholt kargetelt worden. In der letzten Tagung hatte deshalb die Kommission auch in der zweiten Lesung diese Forderung fallen lassen. Und deswegen besetzte auch jetzt noch die Möglichkeit, daß der Kommissionsbeschluß aufgehoben wird. Dagegen scheint eine Verftändigung über die Wahlbarkeit der Arbeiterreferenten nahezu abgeschlossen. Man muß damit rechnen, daß auch das Plenum des Reichstages diesen Beschluß der Kommission aufrecht erhält, für den Zentrum, Freisinn und Sozialdemokratie eintreten. Zwar die Regierung ist er unannehmbar aus politischen und praktischen Gründen. In dieser Frage kann das ganze Gesetz scheitern, um dessen Einbringung sich der Reichstag über zehn Jahre lang bemüht hat. Kommt es aber, so schließt die Korrespondenz ihre Ausführungen, diesmal nicht zu einer Verabschiedung der Vorlage, so darf es wohl als ausgeschlossen gelten, daß in der nächsten Legislaturperiode dem Reichstag ein neuer Entwurf vorgelegt wird.

— (Der Gegenentwurf betr. die Aufhebung des Hilfsklassengesetzes) ist vom Bundesrat angenommen worden. Dem Reichstag war bereits 1905 ein Entwurf für ein Hilfsklassengesetz zugegangen, der auch von einer Kommission durchberaten war. Die Reichstagsauflösung des nächsten Jahres machte seine Verabschiedung unmög-

lich. Im Mai 1907 wurde eine neue Vorlage unter Berücksichtigung der Kommissionsbeschläffe eingebracht, die nach zwei Jahren in vorigen Sommer durch den Beschluß des Reichstags das gleiche Schicksal wie die erste Vorlage erlebte. Da aber die eingeschriebenen Hilfsklassen auch nach dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung als Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, sobald sie in ihrer Leistungsfähigkeit hinreichend gesichert sind, bestehen bleiben sollen, ist die Einbringung einer neuen Vorlage erforderlich, die bei der engen wechselseitigen Beziehung zur Reichsversicherungsordnung in Betracht kommen muß. Die neue Vorlage hat aber eine Umgestaltung gegen ihre beiden Vorgänger erfahren. Denn der Teil des Entwurfs, der das Verhältnis der Hilfsklassen zu den Krankenkassen regelt, ist in die Reichsversicherungsordnung übergegangen. Dort werden auch die Voraussetzungen festgelegt, unter denen die Versicherungsvereine als Ersatzklassen zugelassen werden dürfen. Es bleiben daher nur noch die allgemeinen Bestimmungen der Hilfsklassen einer besonderen gesetzlichen Regelung vorbehalten. Gefordert wird in Zukunft eine Mitgliederzahl von 1000 Mitgliedern. Der Beitritt zu den Hilfsklassen darf Versicherungsleistungen nicht verweigert werden, wenn er nach den Satzungen zulässig ist; insbesondere darf der Beitritt nicht vom Lebensalter, Geschlecht oder Gesundheitszustand abhängig gemacht werden. An Leistungen sind mindestens die Regelleistungen der Krankenkassen nach dem Grundlohne zu gewährleisten, der bei der Rentenanlage maßgebend ist.

— (Kaiserliche Marine.) Der R. P. D. „Meist“ ist mit dem zur Entlassung kommenden Besatzungsteil S. M. „Fischer“, „Vorwärts“ auf der Heimreise am 23. April in Aken eingetroffen und hat an demselben Tage die Reise über Suez nach Port Said fortgesetzt. Der R. P. D. „Gneisenau“ ist mit dem Transport der von S. M. S. „Gondor“ abgelösten Besatzung auf der Heimreise am 25. April in Melbourne eingetroffen und legt am 28. April die Reise nach Adelaide (Südaustralien) fort. S. M. S. „Speyer“ ist am 23. April in Kapstadt eingetroffen und geht am 9. Mai von dort nach Dar es Salaam in See. S. M. S. „Scharnhorst“ mit dem Chef des Kreuzergeschwaders sowie S. M. S. „Reipzig“ und S. M. P. „S. 90“ sind am 24. April in Tsushima (Japan) eingetroffen. S. M. S. „Nautilus“ ist am 23. April in Rangoon eingetroffen. S. M. S. „Galle“ ist am 24. April in Kiel eingetroffen und am 25. April wieder in See gegangen.

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 26. April.) Der Reichstag kam am Dienstag endlich dazu, die so lange hinausgeschobene Wahlprüfung vorzunehmen. Es ergab sich dabei der bisher kaum vorgekommene Fall, daß das Plenum des Reichstages mehrere Wahlen für gültig erklärte, obwohl der Antrag der Wahlprüfungskommission auf Ungültigkeitserklärung nach anfänglicher Ablehnung durch die Kommission für die Wahlprüfungskommission auf Ungültigkeitserklärung nicht angeschlossen wurde, wenigstens die Wiedereröffnung an die Kommission für weitere Beratungen beschließen. Zunächst wurde gemäß dem Antrag der Kommission die Wahl des Abg. St. o. w. g. (Ztr.) für gültig erklärt. Auch die Wahl des Abg. Labro (Ztr.) wurde als gültig anerkannt, obwohl Abg. Dr. Reumann-Söfer (Fortf. Bp.) darauf hinwies, daß die Wahlprüfungskommission bei dieser Wahl von ihrer bisherigen Praxis abzuweichen ist, wonach sie unbedingt für ungültig erklärt werden müßte, und obwohl er die Unterweisung an die Kommission beantragt hatte, die gegen die Wahl des Abg. St. o. w. g. (Ztr.), deren Ungültigkeit die Kommission beantragt hatte, weil dabei amtliche Wahlbeeinflussungen vorgekommen sind, wurde nach längerer Debatte neuerdings an die Kommission zurückgewiesen, da die Frage, ob tatsächlich eine amtliche Wahlbeeinflussung vorliegt, noch nicht genügend geklärt erschien. Abg. Reumann-Söfer (Fortf. Bp.) darauf hin, daß die Tätigkeit der Wahlprüfungskommission überaupt keinen Zweck mehr habe, wenn man sich über alle Beratungen der Wahlreglements hinwegsetze und zwischen den Parteien Abkommen treffe, durch die die Wahlprüfung zu einer Komödie gemacht werde. Auch die Wahl des Abg. Kapfenberg (Ztr.) wurde nach kurzer Debatte auf Antrag der Kommission für gültig erklärt. Dasselbe wurde gemäß dem Antrag der Kommission für die Wahlen der Abg. Schwarz-Albed (Soz.) und Dr. Struve (Fortf. Bp.). Bei der Wahl des Abg. Spindler (Zentrum) hatte die Kommission den Antrag auf Gültigkeitserklärung beschloffen. Die Abg. Dr. Reumann-Söfer (Fortf. Bp.) und Fischer (Soz.) beantragten diesen Antrag, weil das Wahlreglements nach dieser Wahl nicht gemacht worden ist, konnten aber nicht verbinden, daß der Antrag der Kommission zum Be-

stimm erhoben wurde. Zu einer längeren Debatte kam es dann noch bei der Prüfung der nationalsozialistischen Wahl und St. o. w. g., bei denen es sich um die Wahlprüfung handelte, ob in einem Eingriff der Wahlprüfungskommission eine unzulässige amtliche Wahlbeeinflussung zu sehen sei oder nicht. Auch dem bisherigen Verhalten der Reichstagskommission wurde, der durch die Wahlbeeinflussung öftlich desavouierten und angehaltenen Wahlprüfungskommission noch weitere Arbeit in Hinblick auf die Wiedereröffnung dieser beiden Mandate zuzugewandt, so daß auch diese beiden Mandate für gültig erklärt wurden. Dasselbe geschah mit sämtlichen anderen auf der Tagesordnung stehenden Wahlen. Am Mittwoch sollen kleinere Vorlagen und Rechnungsgegenstände erledigt werden.

Abgeordnetenhause. (Sitzung vom 26. April.)

Das Abgeordnetenhause beendete am Dienstag bei der zweiten Lesung des Gesetzes über die Wahlprüfungskommission die Verhandlung über die Wahlprüfungskommission. Eine Anzahl rechtsfähiger Abgeordneter befragte den Minister der Inneren Minister, dann nahm das Haus einen Antrag der Wahlprüfungskommission an, in den nächsten Etat für die philosophische Fakultät in Münster erhebliche Mittel einzuflechten. Beim Kapitel „Höhere Lehranstalten“ fordert der konserervative Elter der Verteilung des Staatsbudgets für die Universitäten in Preußen der bestehenden Mittel. Den Gemeinden müsse ein gewisser Einfluß in der Selbstverwaltung eingeräumt werden, doch dürfe dies nicht in den inneren Bereich übergreifen und die Autonomie des Bundes, des Reichs der Provinz und der Aufgabengebiete untergeordnet. Dieser Standpunkt verteilte auch der Zentrumsvorstand. Der Minister antwortete, die Interessen der Universitäten werden von der Unterrichtsverwaltung gewahrt werden; allerdings werden sich gewisse Interessen der Kommunen an ihren Schulen wahrnehmen. Der konserervative Elter empfahl, humanistische Gymnasien in großem Umfange in Reformorganen umzuwandeln. Wünschenswert sei, dem Sport in der Schule größere Beachtung zu schenken, sowie dem Englischen und vieljährig dem Russischen eine weitere Förderung angedacht zu werden. Der Minister erklärte, er sei zwar selber ein großer Freund der alten Gymnasien, dennoch befristete er die Umwandlung von möglichst vielen Gymnasien in Reformanstalten. Darauf vertagte sich das Haus auf Mittwoch.

— Die Wahlprüfungskommission des Reichstages beschloß sich in ihrer Sitzung vom 26. d. M. u. a. mit einer Fülle von Vorschlägen, betreffs Änderung des Wahlgesetzes. Einmalig bestanden die Vorschläge die Bestätigung des Impfungsweges, andere wollen die Zulassung einer gewissen Anzahl, welche impfungserfahren Eltern das Recht sichern, ihre Kinder nicht impfen zu lassen; ein dritter Antrag bezweckt die durch Gesetz festgelegte Einschuldungspflicht des Reichs für durch die Impfung in ihren zu verletzenden Wahlen beinträchtigt durch die Impfung zu werden. Ein vierter Antrag wendet sich gegen die gegen Impfungserfahren angewandten polizeilichen Zwangsmaßnahmen, endlich wird gefordert, daß die zur Verwendung gelangende Impfung unentgeltlich gestellt werde. Letzteres geschieht bereits und ist der darauf bezügliche Antrag somit gegenstandslos. Die anwesenden Regierungsoberreiter wandten sich an der Hand reichhaltigen Materials an die gegen den Antrag gegen alle von den Reichstagen vorgebrachten Bemerkungen und Ausführungen. Der Antrag des Impfungsweges ist unüberleglich bewiesen; die Votenzensbestimmungen sind in der Praxis durch die alljährliche Einschleppung durch Ausländer, insbesondere Arbeiter, auf ein reichliches Minimum zurückgegangen, die Kontrolle der Impfung ist sehr streng, und es seien alle nur erdenklichen antiseptischen Vorrichtungen getroffen. Jeder unterrichtliche Bevölkerung durch die Impfung vielfach nicht, sondern handle lediglich eine Angelegenheit. Die Folge würde dann sein die zu Unrecht der Impfung zugerechneten Fälle, welche die Öffentlichkeit erregen. Die Schaffung einer gewissen Anzahl müsse abgelehnt werden, da das Interesse des Einzelnen dem Interesse der Allgemeinheit übergeordnet werden soll. Von einer Einschuldungspflicht müßte nicht die Rede sein, sondern die Impfung für sich selbst nicht unentgeltlich einwandfrei erweisen lassen, abgelehnt werden. Nach 2 1/2 Stunden Debatte wird mit Stimmenmehrheit 16:8 — der Eingang zur Tagesordnung beschloffen.

— Ein Zuzugabkommen zum Handelsabkommen mit Ägypten, das schon im März in Kairo unterzeichnet wurde, wird demnächst dem Reichstag zugehen. Bei den Verhandlungen über die Verlängerung des am 19. Juni 1892 zwischen den beiden Staaten abgeschlossenen Vertrages, der am 12. März 1912 abläuft, wurden von beiden Seiten einzelne Wünsche verhandelt, deren Erfüllung durch die neue Vereinbarung sichergestellt wird. Ägypten ist daran gelegen, daß die bisherige Bestimmung gestrichelt wird, wonach solche Einfuhrwaren aus Deutschland, die nicht unter eigener Produktion entfallen, der gleichen Behandlung in Ägypten unterliegen sollen wie die deutschen Waren. Die Verlängerung, an sich wenig belangreich, soll bestimmte Modalitäten des Zwischenhandels andersonnen. Ferner soll den ägyptischen Zigaretten die deutsche Besteuerung zugeworfen werden, deren Maß auch die deutschen Zigarettenfabrikate in Ägypten erheben. Andererseits wird den deutschen Handelsreisenden und ihren Warenkuffen die freie Zulassung in Ägypten aus der Zölle befreit und die Anwendung der durch die Reichstags-Zuzugabkommen vorgezeichneten Konventionen gegen Ägypten formell anerkannt. Am wesentlichen bedeutet das zuzugelassene Abkommen die Fortführung des geltenden Vertrages bis zum 31. Dezember 1917.

Provinz und Umgegend.

† Halle, 27. April. Zur Anlage einer großen Geflügelkolonie wurden, wie bereits gestern gemeldet, ein Privatunternehmer 100 Mg. Waldbestand der Döblauer Heide überlassen. Es sollen dort ca. 10.000 Hühner gehalten werden. Benutzt sich der Besuch, dann wird man auch in anderen wirtschaftlichen Forsten derartige Geflügelzuchtstationen einrichten, um einen Teil der Versorgung der Bevölkerung mit Eiern und Geflügel, für die jetzt alljährlich weit über 100 Mill. Mark ins Ausland gehen, im Inlande selbst zu besorgen.

† Weisenfels, 26. April. Die 25jährige verheiratete Arbeiterin Frau Methfessel versuchte heute mittag aus Furcht vor Strafe wegen kleiner Diebstähle sich und ihre vier Kinder im Alter von acht Monaten bis zehn Jahren zu töten, indem sie sie in die Seele fisch und dann selbst nachsprang. Ein dreijähriger Knabe ist ertrunken, alle übrigen Personen konnten gerettet werden.

† Eisenburg, 27. April. Die national-liberale Partei des Wahlkreises Bitterfeld Delitzsch teilt bei der nächsten Reichstagswahl als erstemal mit einer eigenen Kandidatur auf. In der letzten Sitzung des hiesigen Nationalliberalen Vereins wurde der neue Kandidat, der Konteradmiral a. D. Kalau vom Hofe aus Berlin den Mitgliedern vorgelesen, der sich zur Übernahme der Kandidatur bereit erklärte. Man hat hier im Wahlkreise allem Anschein nach mit vier Kandidaten zu rechnen: Konservativ Kandidat: Grubenbesitzer Bauermeister Deutsche Grube, National-liberaler Kandidat: Konteradmiral a. D. Kalau vom Hofe, Kandidat der Fortschrittspartei: Stadtrat Vello-Hinterfeld, Sozialdemokratischer Kandidat: Pignarfabrikant Raute-Eisenburg. In konservativen Kreisen besteht zwar Neigung, die Kandidatur des Nationalliberalen zu unterstützen, doch ist diese Unterstützung jedenfalls noch sehr zweifelhaft.

† Aßchersleben, 26. April. Gestern nachmittag wurde der Maschinenwärter Karl Ralkstein von hier, der sich der Falschmünzerei schuldig gemacht, verhaftet. R. hatte gestern hier an zwei verschiedenen Stellen versucht, einen falschen Taler in Zahlung zu geben.

† Magdeburg, 27. April. In einem Tobstuchtsanfall versuchte ein Rentier, seine Wirtin zu verheiraten. Er bezog die Tür ihres Schlafzimmers mit Petroleum und setzte diese in Brand. Ferner zertrümmerte er die Scheiben an sechs Fenstern und schlug mehrere Türen ein. Die Wirtin wurde durch den Tobstuchtsanfall in die Pfanne und die Polizei herbei, die den Tobstuchtsanfall im Sanitätswagen nach dem Krankenhaus schafften. Das Feuer konnte von der schnell herbeigekommenen Feuerwehr leicht gelöscht werden. — Die diesjährige Pferdeausstellung und Markt, welche vom 21. bis 24. Mai hier stattfinden sollte, wird für dieses Jahr aufgegeben, da die nötigen Gebäude infolge der Ausperrung im Baugewerbe nicht aufgeführt werden können.

† Genthin, 26. April. Unter einer für unsere Einwohner nicht gerade schmeichelhaften Motivierung hat der Bürgermeister den Maifestzug verboten: „Die von Ihnen am heutigen Tage nachgelegte polizeiliche Genehmigung zu dem am 1. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr, vom hiesigen Marktplatze nach Köpferberg und Bismarckstraße nach Köpferberg von Ihnen zu veranstaltenden öffentlichen Umzug wird verboten, weil aus dieser Veranstaltung des Unzufolge Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist. Erst vor kurzem sind in einer Nachbarschaft bei den Wahldemonstrationen aufjucken aus den Häusern Äpfel, Zeller, Schaffeln usw. auf die Demonstranten nach den Straßen geworfen worden, wodurch nicht nur die Demonstranten selbst, sondern auch sämtliche Fuß- und Fahrweg-Passanten gefährdet wurden. Eingeleitete Verhalten der hiesigen lokalen Bürgerschaft sieht eventuell zu erwarten und dürfte es in ihrem eigenen Interesse liegen und um ihrer eigenen Sicherheit willen angebracht erscheinen, daß dieser Umzug nicht gestattet wird. Es war daher die nachgeforderte Genehmigung — wie gewünscht — zu verweigern. Die Polizeiverwaltung. Kaufstraßen.“ — Das ist doch mal eine neue Blaupause!

† Salzwehler, 27. April. Zu dem in Erfurt neu zu bildenden Regiment Jäger zu Pferde wird vorläufiglich die 3. Eskadron des hiesigen Ulanenregiments berufen werden. Als Ersatz für die scheidende Schwadron haben sämtliche preussischen Kavallerieregimenter Unteroffiziere, Mannschaften und Pferde aus den einzelnen Dienstjahrenklassen in entsprechender Zahl abzugeben, so daß dadurch eine neue Schwadron gebildet wird.

† Bahrendorf (Kr. Wanzleben), 26. April. Gestern beging das hochbetagte Aelteste Ehepaar die Feier der diamantenen Hochzeit.

† Halle, 27. April. Der Parzibus-Zweigverein Halle veranstaltete seine diesjährige Walpurgisfeier in der Nacht zum 1. Mai in den Räumen des Hotels „Grenztempel“. Die Vorbereitungen für die Feier, die als Kommerz mit Damen geplant ist, sind

in vollem Gange. Neben anderen mitwirkenden Künstlern haben Herr Opfern- und Konzertführer Sommerheim, der hier bestens bekannt ist, und zwei Mitglieder des Stadtheaters in Kiel ihre Mitwirkung zugesagt. Das Orchester stellt die hiesige Kapelle. Die Feier beginnt abends 9 Uhr, so daß also Auswärtige bei Benutzung der Abendzüge noch rechtzeitig eintreffen.

† Elrich, 27. April. Im Walde, beim benachbarten Südbahnhof Sulzbach, überfiel vor einigen Tagen ein Mann zwei Damen, Patienten der Heilanstalt „Baldhaus“ bei Sulzbach. Die eine Dame übergab dem Strolche ihr Portomonnaie, worauf er die Flucht ergriff.

† Bornitz, 27. April. Dem Rittergutsbesitzer Passche hier waren wiederholt Raufereien geschehen worden. Nach einem erneuten Diebstahl wurde der Polizeihund „Liddy“ aus Weisen geholt, der denn auch den Dieb in der Person eines Arbeiters aus Gröbba feststellte.

† Meuselwitz, 26. April. Ein folgenschwerer Automobilunfall ereignete sich in der vergangenen Nacht in der ersten Stunde aus der von Pegau nach Zeitz fahrenden Chaussee in der Nähe des Dorfes Traupitz. Ein in Meuselwitz vorübergehend weilender Chauffeur namens Erich Krausch aus Zeitz fuhr nachts mit einem Automobil von Meuselwitz aus in der Richtung nach Zeitz zu. In dem Automobil saßen außerdem noch fünf Personen. In der Nähe von Pegau fuhr der Kraftwagen gegen 1 Uhr mit voller Wucht gegen einen Gussstein, er überstieß sich und begrub die Insassen unter sich. Der Chauffeur erlitt einen Schädelbruch. Ein weiterer Insasse des Automobils, der Steiger Reinhardt Richter, erlitt ebenfalls einen schweren Schädelbruch. Beide Verunglückte wurden nach dem Zeitziger Krankenhaus gebracht. Ihr V-finden ist abzuwarten. Der Maurerpoller Rudolph aus Meuselwitz erlitt einen komplizierten Unterschenkelbruch, er fand im Pegauer Krankenhaus Aufnahme und wurde später (Dienstag mittag) in das Zeitziger Krankenhaus übergeführt. Die gleichfalls mitgefahrenen Gastwirte Geier und Franke aus Meuselwitz wurden nur leichte Verletzungen, sie konnten mittels Geheiß nach Meuselwitz zurückfahren. Das Automobil war erst seit kurzer Zeit Eigentum des Dr. med. Hermann aus Meuselwitz. Der Chauffeur hatte die nächtliche Fahrt ohne Wissen seines Herrn unternommen. Die erste Hilfe leistete Dr. Jungmann aus Pegau, welcher den Landes-Samariterverein benachrichtigte und mit dessen Hilfe die Unterbringung der Verletzten in den verschiedenen Krankenhäusern bezw. in ihren Wohnungen veranlaßte.

Lokalnachrichten.

Merseburg, den 26. April 1910.

** Die Listen der stimmfähigen Bürger für die demnächst stattfindenden Stadtverordnetenwahlen gelangen in diesen Tagen zur Verteilung. Da über die Richtigkeit der Listen von nichtinformierter Seite mehrfach Zweifel geäußert worden sind, die noch durch konfuse Veröffentlichungen unterstützt werden, sei darauf hingewiesen, daß die Listen nach einer Entscheidung des Regierungspräsidenten in der Gestalt wieder zur Ausgabe gelangen müssen, wie sie im Juli 1909 festgestellt wurden. Nur so ist es erklärlich, daß 3. V. Bürger in den Listen aufgeführt sind, die nicht mehr unter den Lebenden weilen oder mittlerweile verstorben oder verstorben sind. Die Wählerlisten sind sorgfältig aufzubewahren, damit sie jeder Wähler am Wahltag behufs Feststellung seiner Nummer einsehen kann.

** Im Ziwwi tagten am Dienstagabend die Vorstände der hiesigen kommunalen Vereine unter dem Vorsitz des Stadtverordneten Frauenheim, um sich über die Kandidaten für die demnächst stattfindenden Stadtverordnetenwahlen schlüssig zu machen. Nachdem der Genannte die Bescheideneren begrüßt und mit dem Zweck der Zusammenkunft bekannt gemacht hatte, wurde zunächst festgestellt, daß folgende Vereine vertreten waren: Bürger-Verein für städtische Interessen, Bürger-Verein Süd und West, Bürger-Verein des Numariks, Beamten-Wohnungsbau-Verein, Evangelischer Arbeiter-Verein, Gewerbeverein Friedrich-Dundr, Haus- und Grundbesitzer-Verein, Privatbeamten-Verein und gewählte Delegierte der hiesigen Beamtenchaft. Zur Regelung des Abstimmungsmodus gelangte ein Vorschlag zur Annahme, der dahin ging, je 50 Mitglieder eines Vereins r. eine Stimme, größeren Vereinen aber nur drei Stimmen als Höchstzahl zu erteilen. Im gleichen Verhältnis sollen von den beteiligten Vereinen auch die durch die Wahltagitation entscheidenden Stimmen aufgebracht werden. Namentlich wurde zur Aufstellung der Kandidaten geschritten, vorher aber eine Erklärung des Stadtrats Thiele entgegengenommen, welche den in der Stadtordnung festgelegten Begriff „Hausbesitzer“ darlegte und gemeinverständlich machte. Für die 3. Wählerabteilung wurde Johann von der Majorität der Versammlung als Kandidat nominiert; Rechnungsrat E. G. (Wiederwahl), Reg.-Hauptkassendirektor Elze, Bauunternehmer Robert Schreyer

und Dreher Kage lmann. Wesentliche Stimmengängen fielen noch auf den Schuhmachereister Gustav Dölsner und den Stellmachereister Hermann Seile. Für die 2. Wählerabteilung wurden als Kandidaten nominiert: Regier.-Sekretär Pogold, Kaufmann Teichmann (beide Wiederwahl), Gymnasialprofessor Werner, Kaufmann Friedr. M. Kunze und für die Erstwahl bis Ende 1911 mit gleicher Stimmengangsabstimmung Pogold und Sem.-Direkt. Dr. Sieke. Die endgültige Entscheidung zwischen diesen beiden Kandidaten soll der Wählerversammlung überlassen werden. Vorge schlagen wurden in dieser Abteilung noch der Kaufmann Würske. Für die 1. Wählerabteilung wurden ohne weitere Diskussion nominiert: Kaufmann Dobrowitz, Bauunternehmer Graul sen., Buchhändler und Buchdruckereibesitzer Stollberg, praktischer Arzt Dr. Witte (Wiederwahl) und für die Erstwahl der Rentier E. Wiegand. Die Kandidaten sollen der am Freitag den 6. Mai im Ziwwi stattfindenden öffentlichen Wählerversammlung präsentiert werden. Nach Dankesworten des Vorsitzenden für die geleistete Mitarbeit der Anwesenden und der Beratung und Genehmigung des Protokolls wurde die Versammlung kurz vor 12 Uhr geschlossen.

** Von einem Garnisonwechsel unserer 36er war unlängst in der Stadt die Rede. Wir haben damals auf Grund von Grundtungen an anderer Stelle das Gerücht für unzutreffend erklärt. Jetzt wird der „S. Ztg.“ dieselbe Nachricht aus Halberstadt übermittelt, und zwar auf Grund von Informationen, die als zuverlässig hingestellt werden. Die Nachricht lautet: Halberstadt, 26. April. In hiesigen wohlinformierten Kreisen erlitt sich das Gerücht, daß der Infanterieregimentar Prinz Louis Ferdinand Nr. 27 und Graf Blumenthal Nr. 26 a. g. w. e. s. e. l. werden sollen. Dieses hiesige Regiment soll dann wieder mit dem in Meß garnisonierenden Magd. Inf.-Regt. Nr. 67 tauschen. — Die Meldung lautet doch zu unklar, als daß wir ihre allzu viel Gewicht beilegen möchten. Aber seltsam bleibt es doch, wie jetzt von auswärts abermals das Gerücht von einem Garnisonwechsel kommen kann.

** Unsere Garnison rüdte heute früh zwecks Abhaltung von Regiments- und Schießübungen nach dem Truppenübungsplatz Altengraben in der Altmark aus. Die Hinfahrt erfolgte mittels Sonderzuges vom hiesigen Güterbahnhof aus. Die Truppen kehren am 21. Mai wieder hierher zurück.

** Das Kinematograph-Theater „Weiße Wand“ hat sich infolge fortgesetzten starken Besuches veranlaßt gesehen, von heute ab an einigen Tagen in der Woche Vorstellungen in dem großen Saale des Etablissements Casino zu geben. Heute Mittwoch, abend findet die erste Vorstellung statt und die Direktion hat aus diesem Anlaß ein sehr reichhaltiges und selteneres Programm zusammengestellt. Wir machen alle Freunde des Theaters auf diese Vorstellungen im Casinoale besonders aufmerksam. Näheres siehe im Infanterieblatt.

** Versöhnungsverein. Auf den morgen Donnerstag abend pünktlich 8 Uhr beginnenden Vortragabend sei nochmals hingewiesen. Herr Jeweller Titell aus Halle wird bekanntlich unter Vorführung einer großen Anzahl Abbildungen über unsere heimliche Vogelwelt, über Natur- und Vogelforschung sprechen. Das Eintrittsgeld ist nur gering. Der Vortrag soll für gemeinnützige Zwecke des Versöhnungsvereins Verwendung finden.

** Ein Waiseierumzug der hiesigen Sozialdemokraten sollte am Sonntag hier stattfinden. Das dahingehende Geheiß ist aber von der hiesigen Polizeiverwaltung abgelehnt worden. Es lautet: „Auf Ihre Eingabe vom 2. d. M. erwidern wir Ihnen, daß wir die nachgeforderte Erlaubnis zur Veranstaltung eines Umzuges der Gewerkschaften und des Sozialdemokratischen Vereins am 1. Mai d. J. verweigern, weil aus der Veranstaltung des Umzuges Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist.“ (§ 7 des R.V.G. vom 19. April 1908). — Mit der Ablehnung des Geheißes setzt sich die hiesige Polizeiverwaltung in Gegensatz zu verschiedenen anderen Städten, die den Umzug der Sozialdemokraten gestattet haben. Man hätte also auch hier dem Geheiß wohl stattgeben können und dies umso mehr, als das Reichsvereinsgesetz derartige Umzüge doch gestattet wissen will. Da die Gefahr für die öffentliche Sicherheit wirklich eine Ablehnung nicht haltig begründet, dürfte im Hinblick auf unsere Nachbarstädte mehr als zweifelhaft sein. Durch die Verweigerung des Umzuges hat man nur für einen lokalen Agitationsstoff geliefert, der von den Herren Genossen फिर meilich ausgenutzt wird.

* (Eingefandt). Durch die Verbreitung eines Flugblattes wurde kürzlich der hiesige Konsum-Verein, der bekanntlich im sozialdemokratischen Fahrwasser schwimmt, für sich Propaganda zu machen. Wenn ich Veranlassung nehme, das Flugblatt einmal näher zu betrachten, so sind es verschiedene Punkte, die dem unparteilichen Leser sofort ins Auge fallen und des Nabels Kern unschwer erkennen lassen. Unschlüssig ist es aber nicht: Wer erfragen wir unser Lebenshaltung? — Nun einfach, so antwortet man, indem man dem Konsum-Verein als Mittelglied beiträgt. Der Verkauf viel billiger, der liefert bessere Ware um. Ergibt die Ausbreitung durch die Händler, Krämer, Kaufleute und andere Gewerbetreibende auch sich

der Konsum-Berein, und das kann er nach der Meinung der hiesigen Konsum-Gesellen nur, wenn er bei ihm Berin-
mitglied wird. Das ist eine listige, eine ehrende Tat! —
wenigstens nach der Meinung der Herren vom Konsum-
Berein. Aber wie schon wurde es gemeldet, wenn man die
Ausbeutung etwas genauer begründen hätte! Solchen
unberechneten Behauptungen gegenüber, muß es doch viel
Leitige und nachfolgender, wenn man Vergleiche zieht, mit
Soblen operiert u. s. w., worauf man sich doch sonst so aus-
gesprochen verhält. Aber nicht gefügt. Nichts von alledem.
Das Heil liegt nur im Konsum-Berein. Also herein, all
ihre Bedenken und Ausgebote! Die Sache erhelet am
Ende doch wohl etwas fadenförmig. Mit Vergleichen
können die Konsum-Berein nicht ausweichen, noch viel
weniger den Nachweis erbringen, inwiefern das Publikum
ausgebaut wird. Würde dies der Konsum-Berein ver-
suchen, dann würden vielen Individuen innerhalb des
Bereins die Augen geöffnet werden. Denn es ist feststehende
Tatsache und schon oft erwiesen, daß der Konsum-Berein
nicht billiger verkaufen kann, als der Kaufmann. In vielen
Fällen verkauft er sogar teurer. Und er muß es auch, denn
die Steuern und Abgaben sind im Konsum-Berein — und
es sind ihre nicht wenige, die von Verteilern verjagt
sein wollen — müssen doch auch bezahlt werden. Auch die
Lohnkosten sind sehr hoch. Wenn dann weiter in dem Ab-
satz verkehrt wird, der Konsum-Berein ist eine rein
wirtschaftliche Organisation für jedermann und hat mit
Politik, Religion u. s. w. absolut nichts zu schaffen, so genügt
wohl der Hinweis, daß der Konsum-Berein die Geschäfte
der Geschäftsleute des hiesigen Reichs ist. Also diese
Bühne konnte man sich sparen, glauben wir für doch
niemand. Es soll nur ein Acker sein, aber er ist ungeheuer
gewöhnt. Um nun die angehenden etwas in Mitleid
gelassene Konsumvereinsfrage wieder etwas in Fuß zu
bringen, hielt man kürzlich im Kreis Vergebung Ver-
bernehmungen ab. Um diese etwas vorleuchtend zu
gestalten, hatten die Konsum-Berein ein „Vorbild“ in den
Denk dieser Sache gestellt; es war, wie natürlich im Ab-
satz steht, der Reichs-Tage abgeordnete, anpassige
Landtagsabgeordnete und Deputierte Stadtverordnete
a. D. Herr Heinrich Reus aus Dessau. Es ist nun inter-
essant feststellen zu können, daß Herr Reus nicht die Reichs-
tagsabgeordnete ist und auf den famosen neuen Reichs-
tagsabgeordneten des Konsum-Berein nicht die gleiche
Sache. Aber den Obergrößen ist jedes Mittel recht. Die
Sache ist dabei ist, daß der Konsum-Berein die
Lohnkosten nicht und dazu muß ein angeleglicher Reichs-
tagsabgeordneter und Stadtverordneter a. D. aus Dessau
gibt werden. Um die fidei noni etwas schmächtlicher zu
machen. Dem Oberbrennwert in der Sozialdemokratie
aber sagt diese maßlosste groteske Zitiellust die Kron-
e.

Aus dem Merseburger und benachbarten Kreise:

Schlöppau, 27. April. Ein interessanter
Fund wurde gestern von Dachstein in der hiesigen
Katholischen Kirche gemacht. Bei der Abkantung beim
Reparatur des Kirchendaches kam an einer vom Boden
aus unzugänglichen Stelle ein kostbares kirch-
liches Gewand zum Vorschein, das reich mit
Stickereien versehen ist. U. a. befand sich auf dem
Gewande das Familienwappen derer von Trotha, so
daß man annimmt, der Besizer muß ein Angehöriger
dieses Geschlechts gewesen sein. Ob die Untermäzung
zutrifft, das Kleidungsstück sei ein Gewand des
Bischofs Hiljo von Trotha, konnten wir nicht fest-
stellen. Der Fund wurde dem Schlossherrn, Hof-
marschall von Trotha-Schlöppau, ausgeteilt.

Schlöppau, 26. April. Am Montag nach-
mittags gegen 5 Uhr traf ein orkanartiger
Wirbelsturm über unserm Ort. Mählich von
Südwesten kommend, führte er riesige Staubmengen
mit sich, die fast das Tageslicht verdundelten. Von
trocknen Ästen hob er die Oberfläch der in Höhe und
entführte sie. Am freien war das Ästen und Schen
fast unmöglich. Nach Nordwesten zu jagten und ver-
drängten sich die ungeheuren Staubmassen, die ganze
Gegend milchweit unsichtbar machend. Längere
Zeit verging, ehe die Luft wieder rein und durchsichtig
wurde.

Tragartsh, 26. April. Trotz der kalten Tage
haben sich verschiedene Obstbäume zur vollen Blüte
entfalt. Besonders die Kirichen zeigen eine lebhafte
Fülle. So bietet die Alee an der Straße nach Merse-
burg dem Naturfreund eine rechte Augenweide. Auch
Bienen und sonstige Pflanzen sind bereits aufgetrieben.
Hoffentlich kommt ein günstiges Wetter damit die Ver-
früchtung der Blüte entsprechend reichlich ausfällt.

Wallendorf, 26. April. Am Sonnabend
abend gegen sechs Uhr wollte das im 23. Lebensjahre
stehende Dienstmädchen des Landwirts Schaaf
in Begleit noch etwas Brennwein holen. Sie schreie
aber nicht wieder zurück. Am Sonntag früh fand
man sie als Leiche in einem etwa 1/2 Meilen tiefen Wasser-
graben. Da das betreffende Mädchen an epileptischen
Anfällen litt, nimmt man an, daß sie bei ihrer Arbeit
einen derartigen Anfall bekommen hat und dabei in
den Graben gestürzt ist, wo die Bedauernswerte hilflos
ertrank. Man fand sie mit dem Gesicht nach unten
liegend.

Mücheln, 25. April. Der Aufseher Karl No-
finckel aus Wenden lebte mit der Wirtin Marie
Gierke zusammen und gab diese als seine Frau aus.
Als diese einen Kinde das Leben gab, meldete No-
finckel dies auf seinen Namen an. Für die dadurch
verursachte Fälschung des Personenstandsregisters
wurde er von der Strafkammer zu 2 Wochen Gefäng-
nis verurteilt.

Aus vergangener Zeit — für unsere Zeit.

Vor 125 Jahren, am 27. April 1788, fand Prinz
Karl Ludwig von Braunschweig, der jüngste Sohn
des regierenden Herzogs Karl, seinen Tod. Er erkrankte
durch die Besondere des letzteren, wie auch wegen seiner
schlecht-berühmten Eigenschaft Erwählung. Er war ein
Freund des Königs und wurde unter Friedrich dem Großen im
30. Lebensjahr General. In Frankfurt a. d. Oder nahm er
den lebenden Aufstand und erwarb sich hohes Glück durch
seine Teilnahme an allem, was das öffentliche Wohlfürde
betrafte, und durch seine Wohlthätigkeit allgemeine Ver-
ehrung. Er erkrankte beim Umgang des Hies in den Fluten
der Oder, indem er bemerkte, daß in einem Kahn die von
Wasserläufen bedrohten Bewohner der unteren Dammoo-
stadt zu retten. Er war nur 33 Jahre alt. Ein Monument
mit seinem Standbild auf dem Damm am rechten Ober-
ufer erinnert an ihn.

Wetterwarte.

W. M. am 28. April. Zweitweise heiterte, doch mehr
wolkig, früh ziemlich fähig, am Tage mildes Wetter
mit etwas Regen. — 29. April. Vorherrschend wolkig
bis früh, ziemlich mild, windig, Regen.

Gerichtsverhandlungen.

Das Urteil im Berliner Raubprozess
Gulenburg, Berlin, 26. April. Im Prozess
wegen des Raubfalles auf den Goldbriefträger
Gulenburg verurteilte das Schwurgericht des Berliner
Landgerichts I den Schuldigen Emil Drechsler
wegen schweren Raubes zu acht Jahren Zuchthaus,
Rechtsreife wurde der Beistand für gegen Drechsler
erkannten Zuchthausstrafe von 4 1/2 Jahren zu elf
Jahren Zuchthaus zusammengefasst. Den Hand-
lungsgehilfen Wilhelm Kayser verurteilte das
Schwurgericht wegen Beihilfe zu schwerem Raube
zu sieben Jahren Zuchthaus. Weiben Ange-
klagten wurden die hiesigen Ehrenrechte auf die
Dauer von 10 Jahren verlustig und zugleich die Zu-
lässigkeit der Parteikassationsausprüche.

Goslar, 25. April. Vor dem Kriegsgericht der
20. Division standen hier die Jäger Lappe und
Adenstedt vom hiesigen 10. Jägerbataillon, die be-
schuldigt sind, am Sonntag den 3. April den Wägen
Kaufmann Kollwage durch einen Schuss gegen den
Unterarm tödlich zu verletzen zu haben. Die Verurteilung
ergab, daß hier Jäger aus einem Langloot vor den Toren
der Stadt im Aufschuß der Kaserne ausgeht waren. Als
sie bei Kollwage vorbeikamen, rief ihnen dieser zu: „Kauft
ihre Speckjäger!“ Darauf sehten die Jäger um, und zwei
von ihnen warfen Vollwage zu Boden. Als er sich mit
einem Stoße wehrte, erzielte er von einem der beiden An-
geklagten einen Zritt gegen den Bauch. Diese Verletzung
wurde sowohl von den Jägern als auch von den Ange-
klagten selbst bestritten. Vollwage ist an den erhaltenen
Verletzungen in der Nacht zum Dienstag gestorben. Nach-
dem eine Ortsbestätigung erfolgt war und die medizinischen
Sachverständigen vernommen waren, wurde am 6. 7. Uhr
das Urteil verkündet: Jäger Adenstedt wurde zu sechs
Monaten, Jäger Lappe zu vier Monaten Zuchthaus
verurteilt. Die Vertreter der Anklage waren gegen
Adenstedt zwei Jahre, gegen Lappe 1 Jahr 6 Monate
Zuchthaus beantragt worden. Beide erklärten, Berufung
einlegen zu wollen.

Die Zerstörung des Luftschiffes „Z 2“.

Es ist ein eigenartiger Fall, daß fast zu derselben
Stunde, da das Reichsluftschiff „Z 1“ an der Felswand bei
Weslburg oblag und gesunken ist, auch das neue „Z 2“ in
Mittelluftschiff „Z 2“, der zweite Nachfolger des so jämme-
lich im Garten des Londoner Royalpalastes zugrunde
gegangenen Luftschiffes mit dem isolen Namen „Hull
Schiff“ durch den Sturm zerstört worden ist. Als es
nählich seine Fahrt bei 10000 Fuß Höhe verlor, wurde seine
Hülle von einer 300 Fuß aufsteigenden und das ganze Gerüst
gleichfalls in Trümmer. Auch hier liegt also ein Natur-
ereignis vor, dem Menschenkräfte und der leichte Bau des
Luftschiffes nicht gewachsen gewesen sind. Und noch
altes bisheriger Verdicht trifft das auch auf die Zerstörung
des „Z 1“ zu. Wenn wirklich ein Fehler gemacht worden
ist, so ist es wohl derjenige, daß überhaupt die Richtung
von Hamburg zur Westküste gewählt worden ist, und daß das
Luftschiff nicht dort auf seiner verhältnismäßig geschützten
Landungsstelle gelandet ist und gut verankert den Sturm
abgemerkt hat.

Ueber die Zerstörung

des „Z 2“ wird noch aus Weslburg berichtet: Als der
„Z 2“ gegen 1/2 Uhr in Weslburg in Sicht kam, machte er
nicht den Eindruck der Gefahrlosigkeit. Um 1/2 Uhr vor
der Stadt drehte sich das Schiff um sich selbst und ging in
schärfere Richtung mit der Spitze nach unten auf einer Weise
nieder, um sofort von einer starken Welle wieder in die Höhe
gerissen zu werden, worauf es mit großer Gewalt mit der
Spitze nach unten gegen das felsige Ufer des Flusses ge-
worfen wurde, so daß das Hinterteil sich im Wasser befand.
Von hier aus schickte die Welle das Schiff über den Bah-
höfen, den kaum 3 Minuten vorher erreicht wurde, nach
dem sich kommender Zug passierte hatte. Hierbei ist der
Ballon offenbar im Innern zertrümmert worden. Die Welle
setzte sich einmal ein und hob das Fahrzeug, mit dem
Hinterteil voran, um einen ca. 40–50 Meter hohen Felsen,
den Webersberg, wo es in den Büschen hängen blieb,
während das Vorderende den Abhang hinabfiel. Die
Hinterflügel und die Besatzung wurden durch die Welle
gleich zur Stelle. Begier die Welle die Hülle und ließ das
Gesamte entweichen. Gondel und Motorer gingen am Ab-
hang und sind nur wenig beschädigt. Die Aluminium-
rippen sind ein Brod, an dem die Felsen hängen. Die
Meteorologen Dr. Politz und Dr. Weeger von der
Wachener Wetterwarte erklärten, daß sie fortgesetzt die
Ursache von Hamburg widerzuerkennen hätten,
und daß selbst, wenn „Z 2“ nach der westwärts gemessen
setzt er in Hamburg bei dem Sturme hätte hängen müssen,
da sein Seil den starken Windstößen hätte
standhalten können.

Die Bergungsarbeiten.

Die Demontage des „Z 2“ wurde den ganzen Dienstag
vormittag eilig betrieben. Die Wägen werden
mit Metallbögen des Aluminiumgerüsts in kleine Stücke,
die in einem Saale des Webersberges hiesig untergebracht
werden. Die Motoren sind völlig intakt ge-
blieben; auch die vordere Hälfte des Luftschiffes ist fast

vollständig unversehrt. Einige Gaszellen sind erhalten.
Die Bergungsarbeiten werden fünf Tage in Anspruch
nehmen.

Ueber die Ursache des Ballonunglücks

betragt, erklärt Major Flugzeuger, daß Luftschiff mit
einer Maximalhöhe, die auf 5000 Fuß Luftschiff gerichtet
und vom Großen Zeppelin selbst als absolut zuverlässig
bezeichnet worden war, an einem in der Erde eingetragenen
Wagen befestigt. Durch einen Windstoß ähnlich demjenigen,
der das Götterding Unglück verursachte, wurde das Luft-
schiff von der Seite gestoßen, und zunächst brach ein Seil des
Luftschiffes. Der festliegende Druck veränderte sich, und die Anker-
trasse brach mit ein Strohhalm. Der Windstoß kam so
plötzlich, daß ein Ausweichen völlig unmöglich war, ab-
wohl die Mannschaften sowohl an der Spitze wie an der
Gondel bereit standen. Ein Versuch, das Luftschiff an der
Gondel festzuhalten, mußte sofort aufgegeben werden. Das
Luftschiff hatte 23 Stunden vor Untergang und Sturm
und Regen Widerstand geleistet. Die zur Bedienung be-
geordneten Truppen waren genau unterrichtet und be-
handelt den Ballon durchwegs so, wie ein Generalatant
v. Quader war selbst im Augenblick der Katastrophe an-
wesend. Er erklärte seinen Offizieren: „Wir haben uns
keinen Vorwurf zu machen, wir haben nichts außer acht ge-
lassen; die Elementargewalt war härter als wir.“
Friedrichshafen, 27. April. Die Zeppelin-
welt erklärt, ein Luftschiff ist ein verunglücktes
Luftschiff „Zeppelin 3“ unversehrt ohne jeden Verlast
liegen zu wollen. — Die von mehreren Wägen gebrochene
Nachricht, daß der „Zeppelin 3“ vom Staat angekauft
werden solle, bestätigt sich nicht.

Citatur, Kunst und Wissenschaft.

Eine ausgegrabene Stadt. Die Aus-
grabungen in Ostia erregen gegenwärtig in Italien
das größte Interesse. Vor einigen Tagen wurden sie vom
König, von mehreren Ministern und vom Bürgermeister
der Stadt Rom besucht. Professor Mancini, der den
Ausgrabungen über das hiesige Zeitalter geleitet wurde, sehr
interessante Mitteilungen gemacht: „Ich glaube“, sagte
er, „daß unter den vielen Entdeckungen, die in der
letzten Jahre gebracht haben, die von Ostia die aller-
wichtigsten sind. Es handelt sich hier um nichts
weniger als um eine ganze Stadt, die angeblich gegen
König gebildet, was eine nach einem einseitigen Willen und nach
den Entwürfen eines einzigen Architekten gebaute Stadt.
Die Entdeckung dieser Stadt dürfte in das zweite Jahr-
hundert des Kaiserreiches verlegt werden können; man
kann wohl sagen, daß die Stadt auf Befehl des Kaisers
Hadrian gebaut worden ist, und zwar über der alten
republikanischen Stadt. Aber der Republikaner, der den
Hägen, die der Republik ihre Entstehung verdankten,
erhielten sich neue Straßen und neue Plätze, deren Anlage
auf Befehl des Kaisers geschah. Man mußte das Niveau
der Stadt heben, weil sie sonst vom Liberum überflutet
worden wäre; der Fuß war geteilt und drohte, Plätze,
Gärten und Tempel zu umschlingen und niederzurufen.
Die Stadt mußte um mindestens 2 Meter 25 Zentimeter
gehoben werden. Jenseits der Stadt verstreut sind die frühere
Stadt noch vorhanden; vor allem Inschriften aus der
republikanischen Zeit. Die Kaiserlichen gehörten nichts,
sondern ließen dem Planeten aus die Baureute der
Vorfahren bestehen. Die neue Stadt ist nach einem höchst
einfachen Plane gebaut, man könnte sagen: nach dem
Typus vieler moderner, besonders amerikanischen Städte.
Die alle Straßen und Plätze sind rechteckig angelegt. Die
Straßen sind schön und breit, es gibt Straßen von prägnant
Römischer Breite. Die Stadt bietet alle Merkmale eines
Aberorts: sie scheint in zwei Abteilungen geteilt gewesen
zu sein: in eine vornehmere Villenstadt, in welcher die
römischen Patriarchen wohnten, und in ein Handelsviertel.
Der Handel muß sehr lebhaft gewesen sein; in dem
Handelsviertel muß nach heute vieles aus die früheren
Läden und Verkaufsstellen hin: Spuren von Kornspeichern
lassen auf einen regen Getreidehandel schließen. Man
fand zahlreiche Häuser und Zinnen; auf jeder Zinne ist die
Ursache in einer Höhe fest angebracht: 10 — 20 — 30
Amphoren ... Es wurden auch viele Münzstücke aus
Licht gebracht, darunter sehr hübsige: man könnte damit 5
Säle des Kaiserthums von Ostia füllen. Es handelt sich vor-
nehmlich um unversehrte Steinfiguren, um Statuen, um
Schiffen, um Terrakotten ...

Neueste Nachrichten.

Berlin, 27. April. Heute befehlt der ehemalige
preussische Kriegsminister General Verdy du
Veroy sein 60jähriges Jubiläum.

Berlin, 27. April. Die Ausführeitungen
der streikenden Gerüstarbeiter in den Vororten Berlins
dauern an.

Christiana, 27. April. Beim Normogischen
Telegraphenbureau ist aus Paris die Nachricht ein-
getroffen, daß der Dichter Byron seinen Wägen
gefahren am 27. April kurz nach Vollendung seines
77. Lebensjahres gestorben ist. Am Sterbebette
Byrons war die Familie des Dichters versammelt.
Das Hinscheiden erfolgte ohne jeden Todeskampf.
Brüssel, 27. April. Graf Zeppelin hat für
Mitte Juni seinen Besuch mit dem „Z 4“ angesetzt.
Das Luftschiff wird 14 Tage hindurch Passagierfahrten
unternehmen. Graf Zeppelin wird Borträge über
das farrer System halten.

Berliner Getreide- und Produktmarkt.

Berlin, 26. April.
Weizen lot. ml. 223,00—224,00 Mark.
Roggen lot. ml. 154,00 — — — Mark.
Hafer sein 170,00—180,00 Mark, da. mittl. 168,00 bis
169,00 Mark.
Weizenmehl No. 00 ost. 26,50—29,75 Mark.
Roggenmehl No. 0 und 1 18,00—20,60 Mark.
Gerste ml. 148,00—149,00 Mark, da. 146,00
Bogen ml. 144,00—150,00 Mark, da. 142,00
Weizen 120,00—124,00 Mark.
Weizenmehl 2te sort. mittl. 26 bis 27,50
12,00 Mark.

Correspondent.

Bezugpreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
Bei Bestellung von mehreren Exemplaren; bei Bestellung ins Ausland durch unsere Expedition in
den Städten und auf dem Lande aufgeben. Durch die Post 120 Pf. unter 42 Pf.
Beleggeld. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal nur an den Sonntagen nachmittags
— Redaktionsmühen Originalarbeiten ist nur mit beifolgender Kartenadresse gestattet
— Die Redakteure übernehmen keine Verantwortung für die Meinungen der Verfasser.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
Wöchentliche, illustrierte Unterhaltungsblätter
n. neuest. Romanen und Novellen.
4 seit. landwirtsch. u. handelsbell.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis
für die erste Beilage oder deren Raum für 10 Zeilen
Umgebung 10 Pf. Hauptstadt 25 Pf. auswärtige
20 Pf. im Restamt 40 Pf. Bei langfristigen Anzeigen
Wohlfahrt für Spezialisten nach Vereinbarung. Die
besondere Berechnung, nach Anweisung mit
2007 Anzeigenpreis für größere Anzeigen mit
Anzeigen bis 10 Uhr, Familienanzeigen bis 10 Uhr
vermehrt 2007

Nr. 98.

Donnerstag den 28. April 1910.

36. Jahrg.

Der Kampf um das Wahlrecht.

Der Herrenhausbericht über die Wahlreform ist fertiggestellt und am Dienstag ausgelesen worden. Er ist vom Grafen v. Beyer-Wehrdorf erstattet. Da die Kommissionsberichte zum Teil unvollständig waren, zum Teil Widerspruch fanden, ist es von Interesse, einige Erläuterungen der Minister nun in der öffentlichen Sitzung zu lesen. Minister v. Wolke erklärte in der Generaldebatte der ersten Lesung unter anderem:

Nur wenn die Reform das Ergebnis der Mitarbeit der ausfallenden Parteien sei, würde sie das Dreiklassenwahlrecht, das alte preussische System, vor allen Angriffen sichern. Die künftige Staatsregierung habe bei ihrer Vorlage keineswegs wahlrechtliche Gesichtspunkte verfolgt. Wenn überhaupt die Absicht vorgelegen habe, die Vorlage gegen eine radikale Richtung zu lenken, so habe es sich selbstverständlich nur um die radikale Sozialdemokratie handeln können. Seiner Ansicht nach könne das bestehende preussische Wahlrecht nicht besser geschützt werden, als wenn man es offen anerkenne, hier und da seien Mängel, die zu beseitigen seien, um dadurch das Gebäude handfester zu machen.

Wer die „ausfallenden Parteien“ sind, hat der Minister nicht gesagt, aber von konservativer Seite sowohl, wie vom Zentrum ist es immer — und jedenfalls mit Recht — aufgefaßt worden, daß die Regierung die Nationalliberalen und Freikonservativen nicht wissen will.

Der Ministerpräsident sowohl wie Minister v. Wolke haben in der zweiten Lesung über die Dreiteilung in den Wahlbezirken den Antrag 25 als seine befriedigende Lösung bezeichnet. Herr v. Wolke sagte, dieser Antrag biete so wenig, daß der Minister glaube, die Herren Antragsteller hätten sich nicht vererzogen, daß seine praktische Wirkung ganz gering sei, daß er nur ein scheinbares Entgegenkommen bedeute, materiell aber fast gar keinen Erfolg haben werde. Kröghem ist der Antrag mit 11 gegen 9 Stimmen angenommen worden, so daß es in § 6 jetzt heißt:

Die Gesamtsomme der Steuerbeträge wird berechnet: 1. für den Umfang des Wahlbezirks wenn dieser aus mehreren Gemeinden (Wahlbezirken) gebildet ist, 2. für den Umfang des ganzen Wahlbezirks, wenn dieser nicht mehr als 5000 Einwohner zählt, 3. für den Umfang befonderer, von der Gemeindevorwaltungsbefehde zu bildender Wahlbezirke von nicht weniger als 1749 und nicht mehr als 5000 Einwohner.

„... mehr als 5000 Einwohner und abnehmende in der Lage.“

„... verschiedene, um Plenum, den, daß stimmen Punkten alle. In dem Mit der vorstehende be. entrum.“ Die Kom- bedeutet satzlichen der Ab- es sich en Kom- sich die enommen



Präsident Strub über die Steuern.

Der Senatspräsident des Oberverwaltungsgerichts, Wirkl. Geh. Oberregierungsrat Dr. Strub, einst die rechte Hand Muelers, veröffentlicht im Verlage von Karl Heymann „Betrachtungen zur Reichszuwachssteuer“, aus deren Aushängen die „Voss. Zig.“ einige interessante Stellen abdruckt. Die 99 Seiten starke Schrift enthält weit mehr als der Titel vermuten läßt; denn der Präsident Strub bespricht die Reichszuwachssteuer im Rahmen der Finanzreform und über, selbst ein konservativer Mann, an den von der konservativ-liberalen Mehrheit fabrizierten Steuern herbe Kritik:

Seit Verabschiedung der Reichsfinanzreform setzt fast jede politische und kommunale Wahl ein erschreckendes Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen. Die bürgerlichen Parteien aber setzen sich in einer Bereitwilligkeit und Gütigkeit gegenüber, wie sie nirgend nicht. Ich bin gewiß nicht der einzige, der seit Beginn dieses politischen Jahres heftig konservativ geworden ist. Ich bin gewiß nicht der einzige, der sich einer Partei, als diese an der Spitze der Regierung vorgeht, den berechtigten Interessen der Wandbewohner reichlich Rechnung tragenden, nicht allgemeinen Vermögenssteuer, die eine völlig ungleichmäßige, zum Teil einseitige Belastung bedeutet, als sie zur selben Zeit in Preußen die Hand dazu bot, in einem Augenblicke, mo von der Allgemeinheit höhere Opfer gefordert wurden, durch Umgestaltung des § 11 des Ergänzungsteuergesetzes ein neues Steuerprivileg für die Landwirtschaft zu schaffen, und die Anregung dazu gab, im Rahmen der Stempelsteuer-Verhandlungen einzutreten zu lassen, die die Landwirtschaft, ungleich weniger hoch oder empfindlicher treffen als die händerliche Bevölkerung alles das, obwohl der für Reich und Staat erforderliche Mehrbedarf im letzten Ende zum guten Teil — man denke an die Belohnungserhöhungen — seinen Anhalt in der allgemeinen Weiteicherung der letzten Jahre hat, diese aber nicht am wenigsten durch den Zusammenbruch der Landwirtschaft verhängen, und zwar mit einer Überlegung noch mit Recht verhängen. Soll sich dies nicht ändern?

Präsident Dr. Strub ist auf solche Überfälle, daß bei der Zuwachssteuer vorläge von den Wählerpartei nicht die ganze Vermögenssteuer wieder aufzuheben wird, und schließlich eingehend, wie hinsichtlich der Einwendungen sind, die gegen die Erbschaftsteuer vorgebracht wurden. Er sagt dabei:

Für die Konservativen war noch der Erklärung ihres Führers der für ihre abnehmende Haltung im letzten Ende ausfallende Grund, man dürfe eine allgemeine Vermögenssteuer nicht in die Hand eines auf allgemeinen, gleichem Wahrecht beruhenden Parlamentes legen. Auch ich habe meine großen Bedenken gegen ein allgemeines, gleiches Wahlrecht und gebe einem abgeklärten den Vorzug, sofern die Abänderungen nicht nur nach dem Gebot erfolgen, die Unabhängigkeit der Wahl noch oben wie unten so gesichert ist, wie es bei den nun einmal vorhandenen Abhängigkeitsverhältnissen eben möglich ist, und es es wieder durch die gegenwärtige preussische Regierungsvorlage noch durch die Beschlässe des Abgeordnetenhauses für irgendwie bis zur Grenze des Erreichbaren verschieben würde, und sofern endlich die Einteilung der Wahlkreise eine angemessene ist. ... Aber Gegensatz gegen das Wahlrecht rechtfertigt es nicht, dem Volke an Stelle gerechter minder gerechte Steuern aufzuerlegen.

Die Mehrheit habe bei der Finanzreform die nötige Vermögenssteuer nicht geschaffen. Sei nun die Reichszuwachssteuer ein erheblicher Fortschritt in der Lösung der Vermögenssteuerfrage? „Ich muß diese Frage mit einem glatten Nein beantworten.“ Die Reichszuwachssteuer erklärt Strub für durchaus berechtigt und notwendig als Gemeindesteuer, ganz und gar aber nicht als Reichsteuer. Sie sei schon deshalb keine Vermögenssteuer, weil ein Verkäufer, der hohe Steuer zahlen muß, ein ganz armer Kauf, ein anderer, der beim Verkauf geringen Gewinn macht, Millionär sein könne. Die Steuer belaste vorwiegend die Städte. Sie führe zu einer unendlichen Menge schwieriger Rechtsfragen. Die General Klausel des § 55, die den Bundesrat ermächtigen soll, auch Rechtsvorgänge für steuerpflichtig zu erklären, die, ohne unter das Gesetz zu fallen, „es einem anderen ermöglichen, über das Grundstück oder Recht die der Eigentümer oder der Berechtigte zu verfügen“, enthalte nicht mehr und nicht weniger als eine Bankrotterklärung der Reichszuwachssteuer. Der Verfasser weist den Einwurf zurück, daß viele Gemeinden die Steuer so gar nicht wollten:

Was können die Gemeinden dafür, daß die vom Staat erlassenen Gemeindefestsetzungsgesetze den Hausbesitzern ein berechtigtes Interesse gewährt, daß diese die Einführung einer verminderten Steuer hinterherbitten? Zunächst würden aber auch in solchen Städten, in denen die Mehrheit der Stadtratsmitglieder sich bisher der Einführung der Gemeinde-Zuwachssteuer mit Erfolg widersetzt hat, die Verhältnisse früher oder später sich häuften als sie erweisen. Am 10. Mai d. J. hielt man mit im Reichshaus auch entgegen, nicht einmal in Berlin ist die Einführung der Steuer gelungen. Ich möchte nicht, daß die Stadt Berlin mit ihren 100 Proz. Einkommen und 150 Proz. Reichsraum nicht weniger als zu den Gemeinden mit wirklich schwierigen Finanzverhältnissen und könne daher die Zuwachssteuer leichter als gütigere andere Gemeinden erdulden; ich sei aber überzeugt, über kurz oder lang, schon wenn der Etat mit 100 Proz. Einkommen-Verhältnissen nicht mehr zu balancieren sei, würde auch hier die Macht der Vermögens- und der Arbeitenden überhandnehmend. Schneller noch, als ich damals selbst glaubte, haben mit die Dinge Recht gegeben. ... Erhalten die Gemeinden künftig nur einen Anteil an den Erträgen aus der Besteuerung des Wertzuwachses ihres Grundbesitzes, statt daß sie allein diesen Wertzuwachs besteuern können, so bleibt ihnen, nicht ins Gewicht fallende Erträge, momentan für den Wert der Vermögen, in allen Fällen möglich sein werden, nichts übrig, wie das Mehr, das sie ohne die Reichsteuer auf diese Weise hätten aufbringen können, aus anderen Quellen zu beschaffen, und diese Quellen werden meist die Einkommensteuer und die Realsteuer sein. Da nun mehr Einkommensteuer noch Realsteuer mittels der Vermögenssteuer sind, so wird dann also der Effekt der Vermögenssteuer sein, daß der Grundbesitzbesitzer nur, noch er als Zuwachssteuer ohne das Doppelzählens des Reiches allein an die Gemeinde zu zahlen haben würde, an Reich, Staat und Gemeinde zusammen zahlt, also nicht höher belastet wird, sondern nur den Steuerübertrag weislich daß gegen ein dem Umwege der Gemeindefestsetzung der Allgemeinheit, also zum großen Teil dem Wohle und auch dem Wohl der Bevölkerung im Reich, wegen neben den neuen Verbrauchsteuern noch eine neue direkte Steuerbelastung auferlegt wird. Auch ist es nicht die Zuwachssteuer im Effekt alles andere, nur keine Vermögenssteuer“ noch der Vermögenswertigkeit. Zudem die teilweise Beschlagnahme des Wertzuwachses des Grundbesitzes für die Besteuerung des Reiches und die Gemeinden zur Erhebung höherer Einkommen- und Realsteuer oder auch Vermögenswertigkeit, wird die Reichszuwachssteuer auch geradezu mittelstandsfeindlich.

Freiheit der Kirche

hat bei der gegenwärtigen Beratung des Kultusgesetzes im preussischen Abgeordnetenhause der Zentrum-angeordnete Dietrich Baumbach wieder einmal verlangt. Es ist keine neue Forderung, die da erhoben wird, nur vergessen die Herren vom Zentrum meistens, im einzelnen genau anzugeben, was sie unter „Freiheit der Kirche“ verstehen. Aber ein großer Kenner des Ultramontanismus hat sich darüber geäußert, und an seine Worte sei jetzt erinnert. Bis man sich dem Zentrum im Reichstag am 26. November 1884 entgegen: „Sie kämpfen für die Freiheit der Kirche! Was verstehen Sie aber unter Freiheit der Kirche! Unter Freiheit der Kirche verstehen Sie das Hersehen der Kirche. Sobald diese Herrschaft irgendwie beinträchtigt wird, reden Sie von diözesanlicher Verfolgung, kirchlicher Unterdrückung, das Persich ist Ihnen so angeboren aus alten Traditionen.“ Auch ein strenger römischer Katholik hat sich über den Begriff Freiheit der Kirche ähnlich ausgesprochen. Der Regens. Dr. theol. et jur. W. Martens sagt in seinem Buch: „Die Beziehungen der Unterordnung, Nebenordnung und Unterordnung zwischen Staat und Kirche“ S. 251: „Im Sinne der Hierokratie ist libertas ecclesiae (Freiheit der Kirche) gleichbedeutend mit majoritas ecclesiae. d. h. Suprematie der Kirche über den Staat.“ Auf das ultramontane Streben nach „Freiheit der Kirche“ ist eben der Satz in St. Chamberlains „Grundlagen des 19. Jahrhunderts“ S. 657 angewandt: „Bedingungslos Freiheit heißt unbeschränkte Macht.“

D. E. A.

Eine schwere Niederlage Prof. Drews.

Von den vielen Niederlagen, die sich der Katholiker Prof. Drews mit den Vorträgen über seine „Christenmythe“ geholt hat, war wohl eine der vernichtendsten die, welche ihm am 17. April in Darmstadt zu teil